

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. April 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Stückzahl 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zellungs-
Zeitschrift für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Zeitungsverleger:
„Socialdemokrat Berlin“.

Amerikanisches Koalitionsrecht in Theorie und Praxis.

Wenn das Leitorgan der Amerikaner, die „Germania“, sich in heikeln Dingen auf dem Kriegspfad der Polemik begibt, so geschieht das nicht nur erst nach geraumer Zeit, sondern auch unter möglicher Verschleierung des springenden Punktes in der gegnerischen Beweisführung. Nachdem wir das edle Blatt wegen seiner Entgegnung, die es unseren Artikeln in Nr. 30 und 32 des „Vorwärts“ über die Stellung des Centrums zum Reichstags-Wahlrecht glaubte angeheißt lassen zu sollen, in gebührender Weise auf den Mund geklopft, hat es im Verein mit der gesamten Amerikaner-Presse den Artikel „Von Ketteler bis Trimbom“, „Der Papst“, „Amerikanische Arbeiterregeln“ (Nr. 39, 43 und 74 des „Vorwärts“) beobachtet die zwar kluge, aber wenig rühmliche Taktik geübt, sich in allen Jünglingen ausschweifend, wiewohl diese Artikel sich gegen die wichtigsten Agitationslegenden des Centrums richteten. Jetzt vermeint die „Germania“ uns wegen unsres Artikels in Nr. 81 des „Vorwärts“: „Das Koalitionsrecht und der Amerikanismus“ einzustrumpfen zu können.

Wir hatten in diesem Artikel im Hinblick auf den Streik in Holland folgende Stelle aus der offiziellen Uebersetzung der bekannten Arbeiterencyklika Leos XIII. angeführt:

„Nicht selten greifen die Arbeiter zu gemeinsamer Arbeitseinstellung, um gegen die Lohnherrscher einen Zwang auszuüben, wenn ihnen die Anforderungen zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang, der Lohnsatz zu gering erscheint. Dieses Vorgehen, das in der Gegenwart immer häufiger wird und immer weiteren Umfang annimmt, fordert die öffentliche Gewalt auf, Gegenwehr zu ergreifen; denn die Ausstände gereichen nicht bloß den Arbeitgebern mit dem Arbeiter inögemein zum Schaden, sie bedrohen auch empfindlich Handel und Industrie, überhaupt den ganzen öffentlichen Wohlstand. Außerdem geben sie erfahrungsgemäß Anlaß zu Gewaltthatigkeiten und Unruhen und stören so den Frieden im Staate. Demgegenüber ist diejenige Art der Abwehr am meisten zu empfehlen, welche durch entsprechende Anordnungen und Befehle dem Uebel zuvorzukommen trachtet und sein Entstehen hindert durch Beseitigung jener Ursachen, die den Konflikt zwischen den Anforderungen der Vrotherren und der Arbeiter herbeiführen pflegen.“

Wir hatten an diese Stelle der Encyklika die Bemerkung geknüpft: „Man sieht, wie die päpstliche Encyklika dem Staate, sofern es sich um Arbeiter und von ihnen initiierte Streikbewegungen handelt, ein Recht zugestehet, das sie dem Unternehmener gegenüber nicht kennt und das den Ausdruck eines jeden Streiks unmöglich und damit das Koalitionsrecht illusorisch macht.“ Dem gegenüber meint die „Germania“:

Aus den Worten der Encyklika eine Feindschaft Leos XIII. gegenüber dem Koalitionsrecht der Arbeiter herauszulesen, ist nur einem unehrlichen und Gegner möglich, zumal der richtige Sinn dieser Stelle klar auf der Hand liegt. Offenbar hat der heilige Vater hier die großen Streiks im Auge, die in der Regel zu schweren Schädigungen nicht nur der Beteiligten, sondern auch der Allgemeinheit führen, Streiks, die erfahrungsgemäß „zu Gewaltthatigkeiten Anlaß geben“ und darum notwendigerweise das Eingreifen der Behörden im Besolge haben. Daß aber gegenüber allen Arbeitseinstellungen, und zwar nicht nur solchen, welche die bezeichneten unangenehmen Folgen nach sich ziehen, eine vorherige friedliche Lösung der Streitfragen durch Schaffung von Einigungsämtern, Arbeitstammern und ähnlichen öffentlichen Einrichtungen, ferner durch Vermittelung der Behörden, sei es der staatlichen, kommunalen oder richterlichen, erwünscht, „zu empfehlen“ ist — das ist nicht nur die Ansicht Leos XIII., sondern jedes vernünftigen Socialpolitikers. Ja, das ist doch wohl die Ansicht der — socialdemokratischen Gewerkschaftsführer!! ... Dieses unehrliche Manöver des „Vorwärts“ ist um so auffälliger, als sich der heilige Vater an andren Stellen der Arbeiter-Encyklika mit aller nur möglichen Deutlichkeit als einen Freund des Koalitionsrechtes der Arbeiter bekennet!

Es folgen dann einige der diesbezüglichen Stellen. Die „Germania“ schließt mit bekanntem Geschick an Ziele vorbei. Gewiß erkennt Leo XIII. den Arbeitern das Recht, sich zu koalieren, theoretisch zu, und wir bezeichnen der „Germania“ freiwillig, daß darin alle Amerikaner Staatsrechtslehrer und Volkswirtschaftler mit ihm übereinstimmen. Aber etwas andres ist das theoretische Recht, etwas andres die Verugnis, daselbe praktisch geltend zu machen. Das Recht sich zu koalieren enthält eingeschlossen das Recht zu streiken; denn Streiks sind die geradezu einzige Möglichkeit, die Koalition ökonomisch in Wirksamkeit zu setzen, und damit der jedenfalls wesentlichste Maßstab für das Koalitionsrecht überhaupt. Wer das Recht auf den Streik von allen möglichen Klauseln und Klauseln abhängig macht, tastet damit an das Koalitionsrecht selber, nicht an das papierne theoretische, wohl aber an das lebendige wirtschaftliche Recht. An keiner Stelle der Encyklika aber spricht sich Leo XIII. offen für das Recht der Arbeiter auf den Streik aus; dafür stellt er die vorbezeichnete Reihe von Gesichtspunkten in den Vordergrund, von denen wir behauptet haben und auch heute noch behaupten, daß wenn die öffentliche Gewalt nach Maßgabe derselben vorgeht, dadurch das Streikrecht überhaupt und insofern auch das Koalitionsrecht illusorisch gemacht wird. In dem bereits vorerwähnten Artikel „Amerikanische Arbeiterregeln“ haben wir die Schlussfolgerungen mitgeteilt, zu denen anerkannte Autoritäten des Amerikanismus, die Jesuiten Hammerstein und Cathrein, auf Grund der Arbeiterencyklika in betreff des Streikrechtes gekommen sind. Danach kann ein armer Arbeiter an einem reichen Fabrikanten, wenn dieser bestimmte Lieferungen übernommen hatte und der Arbeiter

durch Arbeitseinstellung einen höheren Lohn erzielen will, so gar eine „Erpressung“ begehen. Selbst in Fällen, in denen keine Rechtspflicht gegen den Arbeitgeber verlegt wird, ist nach Ansicht dieser Herren „stets zu beachten, ob der Streik nicht wegen eines anderen begleitenden Umstandes unerlaubt wird, z. B. weil das öffentliche Wohl darunter leidet, weil der Arbeiter den Unterhalt seiner eignen Familie gefährdet usw.“ Will die „Germania“ etwa behaupten, daß die hier ausgesprochenen Konsequenzen zu weit gehen, daß diese Schlüsse nicht im Einklange mit den Grundsätzen der Arbeiterencyklika ständen, die doch ausdrücklich ebenfalls den öffentlichen Wohlstand, das Interesse von Handel und Industrie, den Schaden den Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsam durch den Streik erleiden, zum maßgebenden Gesichtspunkt gemacht wissen will?

Es sollte doch auch der „Germania“ füglich nicht unbekannt sein, daß die Ausgabe erwähnte Stelle der Arbeiterencyklika in Amerikaner lebhaftes Bedenken hervorgerufen hat, daß wir mit unsrer Auffassung und den Schlüssen, die wir aus jener Stelle ziehen, ganz und gar nicht allein stehen. Der bekannteste und gewiegteste Moraltheologe des heutigen Katholicismus, der Jesuit Lehmkühel, läßt sich in seiner Schrift „Arbeitsvertrag und Streik“ (Freiburg 1895 3. Aufl. Seite 53 f.) im Anschluß an die citierte Stelle der Encyklika wie folgt aus:

„Uebergreife, ja wahnstimmige Angriffe auf fremdes Eigentum und Leben, zu welchen es bei derartigen Massenerhebungen nur eines kleinen und zufälligen Anstoßes bedarf, sind oft genug ein bedauerliches, aber begreifliches Zwischenstadium der Streikbewegung gewesen und werden immer eine Gefahr derselben sein. Halten wir hier einen Augenblick inne. Sollen wir nun nach allem diesen jeden Streik verurteilen? Daraus müssen wir mit Nein antworten. Es könnte scheinen, als ob diese Worte nicht in Einklang ständen mit den Worten Leos XIII.“ (Dann folgt wörtlich die Eingangs dieses Artikels citierte Stelle der Encyklika.) „Aber“, so fährt Lehmkühel fort, „wenn jemand glaubt, hier einen Gegenatz zu finden, so beruht derselbe viel mehr auf der Schärfe einiger Ausdrücke in der Uebersetzung als auf dem Originaltext. Dieser lautet in wörtlicher Uebersetzung also: „Zu lange oder zu beschwerliche Arbeit, und, wie die Arbeiter meinen, zu knapper Lohn geben für diese Grund ab, nach Verabredung gemeinsam die Arbeit niederzulegen und freiwillig zu streiken. Diesem so verbreiteten und schweren Uebel muß die öffentliche Autorität ein Heilmittel schaffen; denn jede Art von Arbeitseinstellung schädigt nicht nur die Arbeitgeber samt den Arbeitern selbst, sondern auch den Handelsverkehr und dem öffentlichen Wohle ist sie hinderlich; und weil man gewöhnlich von Gewaltthatigkeiten und Aufreizung sich nicht fern hält, wird gar häufig die öffentliche Ruhe und Sicherheit in Gefahr gebracht. Das wirksamste und zuträglichste Mittel ist hier, dem Uebel durch das Ansehen der Befehle zuvorzukommen und seinen Ausbruch durch frühzeitige Beseitigung der Ursachen zu verhindern, welche den Streit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern hervorzurufen scheinen.“ Diese Worte sagen freilich, daß im Interesse des öffentlichen Wohles die Arbeitseinstellungen, zumal in ihrer bedrohlichen Form möglichst zu verhindern seien. Allein für den Fall, daß die öffentliche Gewalt Recht und Gerechtigkeit für die Arbeiter nicht wahren läßt und unter der Bedingung, daß Ausschreitungen seitens der Arbeiter nicht begangen werden, waren wir der Ansicht, daß eine Rechtsverletzung im Streik nicht liege. ... Unter dieser Beschränkung und nach dieser Seite hin finden wir auch in den Worten des päpstlichen Rundschreibens keine Verurteilung. Daher glauben wir auch jetzt noch, nach den gegebenen Erklärungen unsrer früheren Erörterungen unterläßt wiedergeben zu können, „daß nämlich unter Umständen ein Streik als Akt der Nothwehr an sich herabgesetzt ist.“

Auf der einen Seite sehen wir also, wie Autoritäten des Amerikanismus, auf Grund der von uns citierten Stellen der Arbeiterencyklika zu der Ansicht kommen, daß, wie die Dinge praktisch liegen, es „äußerst selten sein dürfte, daß ein Streik ohne vorherige Kündigung erlaubt sei“, während eine andre Autorität, und zwar eine Autorität allerersten Ranges in voller Uebereinstimmung mit unsrer Auslegung der Arbeiterencyklika direkt zu einer abweichenden Interpretation des lateinischen Originaltextes greifen muß, um den Streik überhaupt selbst noch als Akt der Nothwehr theoretisch rechtfertigen zu können. Freilich hat diese legitime Auffassung nicht nur den Fehler, von der offiziellen, von der deutschen Kirchenbehörde in Verbindung mit Rom publizierten Interpretation bedenklich abzuweichen, sondern auch, wie das ja auch die „Germania“ selber durch Abdruck des offiziellen Textes zugiebt, nirgendwo acceptiert zu sein.

Wir wollen mit dem christlichen Blatt nicht darüber rechten, daß es uns hochtönend das „Verweismaterial“ für die „lede Lüge“ abfordert, daß die sogenannten christlichen Korporationen sich wiederholt als Streikbrecher-Organisationen entpuppt haben. Der Beweis ist von uns in einer Anzahl von Fällen zumal für Berlin wiederholt geführt. Daß wir so nebenbei mit einigen schneidenden Reitworten bedacht werden, mag dem Blatt gleichfalls zu gute gehalten sein: niemand kann aus seiner Haut heraus, weder die Menschen, noch die „Bäumchen“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April.

Die geistigen Waffen unsrer Gegner.

Es ist ein altes Geschäft, die bürgerliche Presse zu studieren, um zu sehen, mit wieviel Geist wie vernichtet werden. Von Geist ist bei dieser geistigen Verwilderung der Socialdemokratie leider keine Spur. Burden gestern z. B. die Arbeiter beklagt, daß sie von den „Ag-

tatoren“ ausgebeutet werden, so kann man heute lesen, wie brutal die Arbeiter ihre „Angestellten“ (lies Agitatoren) ausbeuten. Burden heute die Arbeiter von den „Gebern“ an der Nase herumgeführt, so werden morgen die „Führer“ (lies Geber) von den Massen geistig vergemaltigt. Einmal läuft die „blöde Masse“ den „Reichthümern“ nach, am andern Tage „schmeicheln“ die Führer „den Instinkten der Masse“. Jetzt entdeckt man, daß die Socialdemokratie ihr Programm verleugne, dann findet man es „bezeichnend“ für die Socialdemokratie, wenn ein socialdemokratisches Blatt sich lustig macht über erzwungene monarchische Kundgebungen. Die neueste Entdeckung, die wieder als Wasagezettel die Runde durch die Presse macht, ist die Internationalität der Socialdemokratie. Die Entdeckung ist an sich schon gerade so geistreich, als wenn jemand soeben den Mond entdeckt hätte; sie wird noch blödsinniger durch die Art der Behandlung. Vor wenigen Tagen hatte man entdeckt, daß das Geld der deutschen Arbeiter auch ins Ausland wandere zur Unterstützung ausländischer Arbeiterkämpfe. „Seht, Ihr Arbeiter, so werden Eure Groschen verschwendet!“ war die Anklage. Und soeben entdeckt man, daß die Socialdemokratie Geld vom Auslande annimmt, um den Wahlkampf zu betreiben. Da sieht man, wie die Socialdemokratie „ihre nationales Empfinden und Selbstbewußtsein verleugnet“! Die eine Albernheit hebt natürlich die andre auf, und trotzdem kann man sie sogar in einem Satze zusammen genießen. So heißt es z. B. in dem aus der „Nationalliberalen Korrespondenz“ stammenden Wasagezettel:

„Der Generalrat der belgischen Socialdemokratie habe soeben beschlossen, daß in allen Partei-Organen des Landes Listen angelegt werden sollen zu Gunsten des Wahlkampfes der deutschen Genossen. Wir halten dafür, daß je mehr dieser Vorgang in der breiten Öffentlichkeit bekannt und besprochen wird, umso eher doch manchem Arbeiter in Deutschland werden Zweifel aufstehen, ob es richtig ist von der Leitung einer deutschen Partei, ihr nationales Empfinden und Selbstbewußtsein so weit zu verleugnen, um Wahlhilfe aus dem Auslande anzunehmen. Natürlich verpflichtet dies die deutsche Socialdemokratie auch zu Gegenleistungen. Zu ihnen muß der Arbeiter mit seinen Groschen beitragen. Er wird gezwungen, mitzuhelfen, um die Stellung der ausländischen Arbeiter zu verbessern auf Kosten der heimischen. Wir würden uns durchaus nicht wundern, wenn demnächst auch solche aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika nachfolgen sollte. So lange das nationale Empfinden bei der Socialdemokratie so schwach entwickelt ist, daß es sich nicht im Stande fühlt, die Wahlvorhebung der Partei davon zurückzuhalten, Wahlhilfe aus dem Auslande anzunehmen, die natürlich zu gegebener Zeit erwidert werden muß, und viel leicht gerade dann, wenn sie geacnet ist, den Kampf der deutschen Arbeiter besonders stark zu erschweren, darf sie sich nicht wundern, wenn man ihr den Vorwurf nicht erspart, daß sie die Interessen des Vaterlandes hinter denen der Partei zurücktreten läßt.“

Der Wasagezettel sagt es ja selber, daß die deutsche Socialdemokratie nur Gegenseitigkeit läßt, wenn sie seiner Zeit ausländische Arbeiterkämpfe unterstützt und daß die ausländischen Arbeiter wieder zurückgeben, was sie von uns empfangen. Es handelt sich eben um die praktische Uebung der internationalen Solidarität, zu der wir uns seit je mit Stolz bekennen, die seit je in unsren und in den Programmen der socialdemokratischen Parteien aller Länder ausgesprochen wird, die deshalb niemand zu entdecken nötig hat.

Hier werden die Deutschen Arbeiter bedauert, daß ihnen ihre Kämpfe besonders erschwert werden könnten, wenn sie ihren ausländischen Brüdern mit Unterstützung zu Hilfe eilen, und dieselben Arbeiter rufen alle Mächte des Polizeistaates auf, um den deutschen Arbeiter zu knebeln, wenn er kämpft um bessere Arbeitsbedingungen.

Und diese wahrhaft beschämende geistige Armut beschränkt sich nicht etwa auf eine kleine Anzahl Mütter oder auf die Presse einer Partei. Die großen und die kleinen Mütter der Konservativen wie der Antisemiten, der Nationalliberalen wie der Freisinnigen gleichen sich darin und Tag für Tag werden die Leser mit solchem armeneligen Wohl gefüttert. Es darf nicht wunder nehmen, wenn die Fabrikanten dieser geistigen Kartoffelkornung manchmal selber den Glauben an ihre Wirksamkeit verlieren und es dann zur Abwechslung mit dem nackten Polizeimäppel, politischer und organisatorischer Anbelang der Arbeiter versuchen. Mit dem „Geiste“ ist doch kein Geschäft zu machen.

Municipalsocialistische Fragen.

London, 10. April. (Fig. Ver.) In den Kreisen der englischen Municipalsocialisten wird gegenwärtig die folgende Frage eifrig diskutiert: Bietet die heutige Gemeinde ein geeignetes Areal für einen erfolgreichen socialistischen Betrieb? Gestellt wurde sie in der vorletzten Versammlung der Fabier-Gesellschaft von Mr. G. O. Wells, einem der „originellsten Köpfe“ des jetzigen englischen Socialismus. Er war ursprünglich Naturforscher, aber seine biologischen Studien leiteten ihn aufs sociale Gebiet hinüber. Als Naturforscher war er Kiefigeener, jetzt wird er nach und nach Socialist, vorläufig vom Fabier-Typus. Er verteidigte folgende Thesen: „1. Durch die Entwicklung der Technik und des Großbetriebes im letzten Jahrhundert sind die vorhandenen municipalen Gebiete außerst unbequem geworden für administrative Zwecke wie Straßenbahnen, Beleuchtung, Wasserversorgung, Kanalisation, Armenverwaltung, Erziehung und andre wirtschaftliche Unternehmungen, die die Gemeinden ausführen könnten. 2. Innerhalb der municipalen Gebiete und unter Leitung ihrer Verwaltungen sind die municipalen Unternehmungen weniger erfolgreich als private Großbetriebe, die ihre Tätigkeit auf weite Gebiete ausdehnen können.“

Es ist hier also nicht die Frage, ob privater oder öffentlicher Betrieb rentabler wäre. Ueber diese liberale Frage ist Wells längst hinaus. Er ist vielmehr der Ansicht, daß Staat und Gemeinde ebenso profitabel arbeiten könnten wie private Personen oder Gesellschaften. Er behauptet nur, daß die modernen Arbeitsmethoden eingeeignet werden durch die municipalen Grenzen. Die heutigen Gemeindegebiete entstammen einer Periode des Kleinbetriebes. Der Municipalsocialismus, der das Ergebnis der großkapitalistischen Entwicklung ist, wird aber auf

Kreale ngeiviesen, die andren Produktionsformen angepaßt waren, während das Privatkapital, der Entwicklung folgend, das ganze Staatsgebiet zu seinem Arbeitsfelde machen, also ökonomischer produzieren kann. Wells schlägt demgemäß vor: entweder municipale Gebietsverteilungen oder Staatskontrolle über die privaten Großbetriebe.

Während sich die Sozialisten bemühen, die Municipalität auszubauen und ihre Tätigkeit erfolgreicher zu gestalten, entfaltet das Privatkapital eine ganz bedeutende Agitation zur Unterdrückung des Municipalsocialismus überhaupt. Die Angriffe des „Times“ auf die Gemeindebetriebe führten im Parlamente zu einer längeren Debatte, deren Ergebnis war, daß eine parlamentarische Kommission eingesetzt ward zur Untersuchung des Municipalsocialismus.

Deutsches Reich.

Das Damenkomitee, dem die Prüfung der monarchischen Gesinnung der Staatsbeamten in Dresden überlassen wurde, zählt folgende Damen zu seinen Mitgliedern: Frau Kommerzienrat Anstädt, Frau Oberbürgermeister Beutler, Frau Kommerzienrat Dienert, Frau Kaufmann Direktor Carl, Frau Hausmarschall v. Carlowitz-Hartig, Frau Fabrikbesitzer Grechmann, Frau Stadtverordneten-Vizevorsitzer Dr. Hädel, Frau Staatsministerin Frau v. Hanfen, Frau Bürgermeisterin Detschel, Frau Generaldirektorin (der Staatsbahnen) D. M. v. Kirchbach, Frau Bürgermeisterin Leopold, Frau Staatsministerin v. Reysch-Nischenbach, Frau Staatsministerin Dr. Otto, Frau Kommerzienrat Palmis, Frau Stadträtin Vantat Richter, Frau Staatsministerin Dr. Müller, Frau Stadtverordneten-Vizevorsitzerin Dr. Schladebach, Frau Ober-Medizinalratin Dr. Schmalz, Frau Stadtrat Kammerat Schröder, Frau Staatsministerin Dr. v. Sehdewitz, Frau Stadtverordneten-Vorsitzerin Dr. Stödel, Frau Professorin Dr. Weidenbach, Frau Stadtrat Weigandt, Frau Schuldirektorin Dr. Wittig, Frau Präsidentin (des Landes-Konfistoriums) Die Red.) v. Jahr.

Das von diesem Damenkomitee unterzeichnete Circular wurde den Ressortabteilungen mit einem Begleitschreiben, unterzeichnet von einem der obersten Ministerialbeamten, folgenden Inhalts zugestellt: Dresden, 1. April 1903. Ew. Hochwohlgeborenen erlaube ich im Auftrage Ihrer Exzellenz der Frau Staatsministerin . . . die beiliegenden Einladungen zur Teilnahme an dem festlichen Empfange Sr. Majestät des Königs am 3. Mai d. J. an die Adressatinnen gelangen zu lassen. Außerdem bitte ich durch Umfrage bei den Bureaubeamten feststellen zu lassen, ob und inwieweit auch deren Frauen und Töchter sich an den Kundgebungen zu beteiligen und deshalb eine Zutrittsbescheinigung zu erhalten wünschen. Für die Ueberbringung der Liste dieser Teilnehmerinnen bis zum 15. d. M. würde ich dankbar sein. Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Hochwohlgeborenen ergebenster (folgt Unterschrift.)

Also ganz abgesehen davon, daß das Damenkomitee aus den Frauen der sächsischen Staatsminister besteht, die ohne Zustimmung der Minister selber dies Circular nicht erlassen hätten, geht aus dem Begleitschreiben hervor, daß die Beamten durch ihre Vorgesetzten befragt worden sind, ob sie bei dem Königsempfang anwesend sein wollen. Beim Amtsgericht Dresden wurde die Umfrage in der Weise gemacht, daß ein Oberbeamter die Unterbeamten, etwa 150 Mann, zusammenberief und ihnen eine Liste zum Einzeichnen vorlegte, worin die Verpflichtung zur Teilnahme an der Empfangsfeierlichkeit für die Beamten und ihre Angehörigen ausgesprochen war. Es kann danach nicht bestritten werden, daß die monarchische Demonstration eine antilige Sache ist.

Die Meinungsfreiheit der Staatsarbeiter.

Der Eisenbahnminister Budde erklärte im preussischen Abgeordnetenhaus, als er über die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter zur Rede gestellt wurde:

„Ich protestiere dagegen, daß ich irgendwie jemandem seine Stimmabgabe bei den Wahlen vorschreiben möchte; die Bediensteten können wählen, wie sie wollen, auch Sozialdemokraten, dagegen habe ich gar nichts. (29. Sitzung vom 24. Februar 1903. Stenogramm Spalte 1901.)

Wie ist diese feierliche Erklärung des preussischen Staatsministers im Einklang zu bringen mit dem von uns in Nr. 87 mitgeteilten Anschlag der kgl. preussischen Berginspektion Friedrichsthal, der den Bergarbeitern die Teilnahme an sozialdemokratischen Vereinen und den Besuch öffentlicher sozialdemokratischer Versammlungen verbietet? Der Minister Budde hat doch nicht etwa nur an die geheime Abstimmung bei den Reichstagswahlen gedacht; da würden sich die Arbeiter an das Verbot sozialdemokratischer Abstimmung nicht halten, falls nicht etwa das Wahlgeheimnis durch ungeschickliche Maßregeln durchbrochen würde. Der Minister kann nur an die öffentliche Abstimmung bei Landtags- und Gemeindevahlen gedacht haben, und er kann nur meinen, daß er den Arbeitern und Beamten die öffentliche Vethätigung sozialdemokratischer Gesinnung bei Wahrnehmung gesetzlicher Rechte nicht verwehren will. Er würde ja auch verfassungswidrig handeln, wenn er es thäte. Wie kann aber im Ressort des preussischen Handelsministers ein verfassungswidriges Recht der Angehörigen in offiziellem Form angesetzt werden, während der Eisenbahnminister sich entsetzt gegen den Vorwurf einer solchen Handlung verwahrt? Das Versammlungsrecht ist auch verfassungsmäßig garantiert und von einer Verwaltung, die den Arbeitern die Entlassung androht für den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen, darf man doch nicht erwarten, daß sie ihnen die öffentliche sozialdemokratische Stimmabgabe gestatten will. Dazu kommt, daß jetzt die Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, so daß das Versammlungsrecht in engste Beziehung zum Wahlrecht tritt. Hält der preussische Handelsminister eine Handlung für berechtigt, durch deren Vorwurf der preussische Eisenbahnminister sich schwer beleidigt fühlt? —

Centrum und Polen.

Wie wir bereits gemeldet haben, ist neuerdings eine Verständigung zwischen Centrum und Polen, wie in Oberschlesien, so auch in den westlichen Industriebezirken, wo das polnische Arbeitererelement bekanntlich stark vertreten ist, an den Forderungen der Polen gescheitert. Den Streit beizulegen hat der Centrumsleitung bis jetzt nicht gelingen wollen. Man wird also abwarten müssen, ob es vor allem in den Wahlkreisen Duisburg, Bochum und Dortmund zu polnischen Sonderkandidaturen kommt, die dem Centrum daselbst freilich verhängnisvoll zu werden vermöchten. Die von den Polen gestellten Forderungen beziehen sich zunächst auf den Gebrauch der polnischen Sprache beim Gottesdienst. Dort, wo die Polen in der Majorität oder in mehr oder minder starker Minorität vorhanden sind, verlangen sie eine entsprechende Vermehrung in der Verwendung von polnischen Geistlichen und in der Abhaltung von polnischen Andachten. Eine weitere Forderung der Polen ist, die Centrumsfraktion solle sofort die Aufhebung des Sprachenerlasses und des Verbots der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen für die Bergwerksbezirke, insbesondere den Wahlkreis Bochum, im preussischen Abgeordnetenhaus beantragen. Die Führer des Centrums sollen ferner nachhaltig dahin wirken, daß die deutschen Geistlichen von weiteren Germanisationsbestrebungen durch kirchliche Vereine und Verbreitung deutscher Zeitungen in polnischen Kreisen Abstand nehmen. Endlich wird verlangt, daß das Centrum auf eigene Kandidaturen in Oberschlesien mit Ausnahme von Braunsberg-Neilsberg, Westpreußen, Livonien, Posen und Oberschlesien verzichte und die deutsche katholische Bevölkerung dieser vorwiegend polnischen Bezirke offiziell zur Unterstützung der polnischen Kandidaturen auffordere.

Ob dieser Bedingungen herfür in der Centrumsprelle helle Enttäuschung und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die polnische Obstruktion dem mit Geschäftsordnungsbruch und Buchertarif reichlich beschwerten Centrum herzlich ungelogen kommt. Auf der andern

Seite muß man zugeben, daß gerade das Centrum jedenfalls gegen die Mehrzahl der polnischseits gestellten Forderungen grundsätzlich nicht stichhaltiges vorzubringen haben dürfte. Steht man auf dem übrigen an sich durchaus vernünftigen Standpunkt, daß jeder Mensch einen von Natur aus berechtigten und vollwertigen Anspruch auf den Gebrauch seiner Muttersprache besitzt, so kann man ihm die letztere vor allem auf religiösem Gebiet ohne die größtmögliche Inkonsequenz mittelbar oder unmittelbar nicht verkürzen wollen. Daß ferner die Polen auch im Westen ihre in den preussischen Staatsverträgen ihnen garantierte Sprache für die Agitation frei bekommen wollen, ist an sich gleichfalls natürlich. So hat auch das Centrum früher gedacht und gehandelt; meinte doch Windthorst anlässlich der großen Polendeckungen, die im Beginn des Jahres 1883 das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigten: „Ohne Agitation ist im öffentlichen Leben ja nirgends etwas auszurichten. Das hat ja auch der Staat in seiner Gesetzgebung anerkannt. Darum hat er ein ordentliches Preßgesetz gegeben, damit in den richtigen Schranken das freie Wort wirken könne. Das ist Agitation. Darum hat er das Gesetz über das Versammlungsrecht gegeben, damit man in Versammlungen das, was man den Einzelnen nicht laut genug sagen kann, Vielen gemeinsam in lauter Sprache ausdrückt; das ist Agitation. Das hat also der Staat vollkommen sanktioniert und . . . ich habe die Meinung, daß die Polen ganz recht gehabt haben, in Versammlungen zusammen zu kommen und den Schmerzschrei zu erheben, den sie erhoben haben.“

Man sieht, wie diese Forderungen der Polen sich ohne weiteres aus dem vom Centrum selber vertretenen Standpunkt in der Sprachenfrage ergeben. Das Centrum ist aber heute aus einer scheindemokratischen zu einer offen reaktionären und regierenden Partei geworden und jeden Tag verleugnet es seine Vergangenheit.

Der Fall Hüffener. Ueber die Persönlichkeit des schneidigen militärischen Zehnjährers Hüffener wird von einem Eisener Blatte noch gemeldet, daß er seiner Zeit das Realgymnasium wegen leichtfertiger Streiche habe verlassen müssen, auf Verwendung Krupp's beim Kaiser in die Marine-Akademie aufgenommen worden sei, ohne das Eintrittsexamen abgelegt zu haben.

Die bürgerliche Presse müht sich sehr ab, den Hüffener als eine möglichst schlimme Ausnahme-Erscheinung hinzustellen, um das System zu retten, aus dem die That erwachsen.

Sonniges aus Sorrent. Den Grafen Villow hat der neulich von der „Kreuzzeitung“ erhobene Vorwurf, er sei zu schweigsam, bitter geschmerzt. Und so hat er denn mitten in den Osterferien, die der Glücklichste zu Sorrent verbringt, einen Vertreter des „Temps“ empfangen und ihm gehörig vorzuredet. Unser Reichslanzler hat wahrhaft sonnig gesprochen. Der „Temps“-Korrespondent traf den Reichslanzler, wie er die Jolyen des Theokrit las — offenbar auf Uiterbares hin. Während in Deutschland der Wahlkampf brandet, liest der „Leiter“ unserer Politik die Jolyen des seltsamen Theokrit. Und so war es kein Wunder, daß ihm das moderne Europa schließlich zur wahren Jolye wurde.

Graf Villow redete über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Er findet die europäische Lage im allgemeinen vortrefflich und in den deutsch-französischen Beziehungen sieht er keinen schwarzen Punkt. Ueberhaupt Frankreich. Ein herrliches Land! Und der deutsche Reichslanzler schwelgt in den etwas ungleichartigen Namen der Vokleur, Michelet, Voltaire, Molière.

Nun weiß man, woran man ist. Das beste Mittel, alle Unzufriedenheit aus der Welt zu entfernen, wäre: jeden Unzufriedenen zum deutschen Reichslanzler zu ernennen und ihn in Sorrent regieren zu lassen. Da wird die Gemütsart sonnig, sonnig, sonnig. . .

Keinerlei Arbeiterinnenjahrgang! Es verkundet, daß die Reichsregierung, nach Abschluß der Erhebungen über die Herabsetzung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiterinnen, zu dem Entschluß gelangt sei, von einer Abänderung der Schutzbestimmungen im § 137 der Gewerbe-Ordnung abzusehen. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so würde die Reichsregierung eine schwere Schuld auf sich laden, indem sie, den Wünschen eines engherzigen Unternehmertums folgend und den gesetzlichen Jahnstundentag für Arbeiterinnen ablehnend, eine der elementarsten Bedingungen zur Wiedergesundung weiter Volkstheile auch fernerhin unerfüllt läßt.

Eine „perfidie Verdächtigung“. In der Zurückweisung einer höchst einfältigen Interpretation der „Germania“ hatten wir gestern bemerkt, es sei Grundanerkennung des Centrums, daß der katholische Arbeitgeber seine heiligere Pflicht habe, als die Sozialdemokraten in seinem Betriebe nicht zu dulden.

Die „Germania“ ist vorsichtig genug, unserem ironischen Verlangen, wieder 2000 Gulden auf den Nachweis der Wahrheit unserer Behauptung anzusetzen, nicht zu entsprechen. 2000 Gulden riskiert sie nicht, weil sie eben so viel Zutrauen zum „Vorwärts“ hat, daß er eben seine Behauptungen beweisen kann. Sie macht sich die Sache also billiger und opfert nur die Schmiererei einiger Schimpfworte, um die unangenehme Thatsache aus der Welt zu schieben. Wir erwieleten — meint das alleinigmachende Organ — eine perfidie Verdächtigung, die sich als unhaltbar beweise — gemeint ist die hohle Einbildung der „Germania“ selbst — durch eine andre. Der „Vorwärts“ läge frech darauf los. Die Behauptung sei unsummig, „oder kann er“ — fragt die „Germania“ mit schlecht angelegener Sicherheit — „etwa Beweise für diese seine Behauptung liefern?“

Mit Vergnügen! Wir haben schon unlängst auf den „Arbeiterkatechismus“ der Jesuiten L. v. Hammerstein und Cathrein hingewiesen. In dieser mit ausdrücklicher Sanktion des Bischofs von Trier in der Paulinus-Druckerei des Centrums-Abgeordneten Dadaß herausgegebenen Schrift wird die Frage nach den Pflichten der Arbeitgeber wirklich wie folgt beantwortet:

Frage: Wie soll der Arbeitgeber für das Wohl seiner Arbeiter sorgen?

Antwort: Er soll für dasselbe sorgen, indem er z. B. keine Arbeiter duldet, welche den übrigen durch schlechte Reden, durch Verbreitung schlechter Schriften oder in anderer Weise eine Verfälschung wären zum Unglauben, zur Unzufriedenheit und insbesondere zur Sozialdemokratie.

Das heißt: Der katholische Arbeitgeber darf keinen Sozialdemokraten dulden, der ja ausnahmslos nach frommer Anschauung die Eigenschaft hat, „schlechte Reden“ zu führen, „schlechte Schriften“ zu verbreiten und in jeder andern Weise durch Beispiel und Vorbild zur Sozialdemokratie verführt.

Es erweckt unser Mitleid, daß das Centralorgan des Centrums um irdischen Wahlschwindeln willen so thun muß, als wisse es weniger über die eigene Litteratur und Bestrebungen, als der gottlose „Vorwärts“. Es muß eine schlimme Kasteiung sein, zur höheren Ehre der Partei sich noch unwissender zu setzen, als man ohnehin ist.

Ein amerikanisch-deutscher Zwischenfall.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: „Nach einem Bericht des stellvertretenden kaiserl. Vicegouverneurs in Bonapace hat der Kommandant S. M. S. „Cormoran“ während Anwesenheit des Schiffes auf der Insel Rud in den Orlanolen dort vier eingeborene Missionäre verhaften lassen, nachdem durch verschiedene Zeugen festgestellt worden ist, daß sie sich ungebührlicher Äußerungen gegen die deutsche Regierung und der Aufreizung der Bevölkerung schuldig gemacht haben. Die 4 Eingeborenen sind am 1. Februar bei dem oben genannten kaiserl. Beamten in Bonapace eingeliefert worden. Da die Wahrheit der gegen die vier eingeborenen Lehrer erhobenen Beschuldigungen nicht nur von diesen selbst, sondern auch von dem amerikanischen Missionar auf Rud, Dr. Stimson, bestritten worden ist, hat sich der kaiserliche Vicegouverneur zur Untersuchung

der Angelegenheit nach Rud begeben. Seine Berichterstattung über das Resultat kann hier nicht vor Anfang Juni erwartet werden.“

Es ist hierzu zu bemerken, daß, nach Meldung der „Frankf. Ztg.“, die Regierung der Vereinigten Staaten sich ihrer Staatsangehörigen angenommen hat und bei der deutschen Regierung über die An gelegenheit vorstellig wurde.

Wahlvorbereitungen.

Im 3. Berliner Wahlkreis ist durch den Vorstand des Wahlvereins der Freiwililigen Volkspartei Herr Hugo Jäger, Leiter eines Kreditvereins, als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Eine Wählerversammlung soll die Kandidatur bestätigen.

Verteilen droht. Dem Dr. Dertel soll im 5. sächsischen Wahlkreis eine nationalliberale Kandidatur entgegengestellt werden und zwar soll, wie wir schon mitteilten, der Geh. Ober-Regierungsrat im preussischen Handelsministerium L u s e n s t h den Anti-Dertel spielen. Dr. Dertel ist höchst ungelhalten und erklärt dazu in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Dr. Dertel ist Kartellkandidat. Eine eventuelle Kandidatur des Herrn Lusensthy würde also als nationalliberale Parteikandidatur nicht gelten dürfen; die nationalliberale Parteileitung würde sie vielmehr desavouieren müssen. Interessant würde allerdings die Kandidatur sein und einen höchst pikanten Weisheitsmaß haben. Sowohl die sächsische als auch die preussische Regierung haben keinen Zweifel darüber gelassen, welchen Wert sie auf das Zusammengehen der staatsbehaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie legen; es würde überaus bezeichnend sein, wenn ein preussischer Ministerialbeamter sich dazu hergeben sollte, dieses Zusammengehen in einem bedrohten Kreise zu stören und das abgeschlossene Kartell zu durchbrechen.“

Das sächsische Ordnungskartell, vornehmlich dessen das industrielle Sachsen fast ausschließlich hochagrarische „Ordnungs“-Kandidaten hat, ist ein so unnatürliches Gebilde, daß sich Dr. Dertel selbst nicht wundern sollte, wenn es hier und da zusammenbricht.

Im 22. sächsischen Wahlkreis haben die Kartellparteien jetzt den Regierungsrat Martin aufgestellt. Den Grafen Hoensbroech will man also doch nicht haben.

Ausland.

Frankreich.

Nationalistische Aufschuldbungen.

Paris, 16. April. Der Redakteur des „Petit Dauphinois“ Besson in Grenoble ist telegraphisch ersucht worden, am Freitag vor dem Untersuchungsrichter in Paris zu erscheinen. Besson hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem der Sohn des Ministerpräsidenten Combes, Edgar Combes, beschuldigt wurde, er habe den Kartelhäusern angeboten, daß ihr Besuch um Genehmigung erfüllt werden würde, wenn sie eine Million Frank zahlen.

Der nationalistische „Gaulois“ erzählt ferner folgende Geschichte: Der Kartelhäuserpriester Rey teilte einem Mitarbeiter des „Gaulois“ mit, eine mit zahlreichen Senatoren und Deputierten in Beziehung stehende Persönlichkeit habe Ende Februar dem Prior des Ordens im Namen einer parlamentarischen Gruppe folgenden Vorschlag gemacht: Der Kartelhäuserorden möge 800 000 Frank sofort bezahlen, um die Mitglieder der parlamentarischen Gruppe zu verpflichten, die Genehmigung des Besuchs der Kartelhäuser in der Deputiertenkammer zu sichern. Sodann sollten die Kartelhäuser 2 Millionen Frank für den Wahlfonds der parlamentarischen Gruppe zahlen. Der Unterhändler habe erklärt, daß er insbesondere im Auftrage von drei der republikanischen Gruppe angehörigen einflussreichen Parlamentarier verhandelt. Der Prior habe den Vorschlag abgelehnt. Der „Gaulois“ fügt hinzu, der Name des Unterhändlers werde demnächst veröffentlicht werden.

Norwegen.

Kristiania, 16. April. „Verdens Gang“ zufolge hat sich der Staatsrat gestern mit dem Ersuchen des Storting's betr. Abschluß von Schiedsgerichts-Verträgen und Neutralisierung Norwegens beschäftigt und bei den übrigen Regierungen über deren Stellung zu der Frage anzufragen beschlossen.

Rußland.

Die Diktatur in Finnland.

Helsingfors, 16. April. Die Wälder veröffentlichten heute eine Verordnung über Verhaltensmaßregeln „zur Wahrung der staatlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe“ in Finnland. In der Verordnung heißt es unter anderem: Dem Generalgouverneur wird die Befugnis erteilt, für eine bestimmte Zeit die Schließung von Gasthäusern, Buchhandlungen und andern Geschäften, sowie industriellen Etablissements zu verordnen, ferner private Sitzungen jeder Art zu verbieten, private Vereine aufzulösen und Personen, die der Generalgouverneur für die staatliche Ordnung und öffentliche Ruhe gefährlich betrachtet, den Aufenthalt in Finnland zu verbieten. Diese letztere Maßregel kann jedoch vom Generalgouverneur nur mit allerhöchster Zustimmung getroffen werden, ausgenommen in Fällen, die keinen Aufschub zulassen. Den hiervon betroffenen Personen kann sodann der Aufenthalt an gewissen Orten innerhalb des Kaiserreichs angetoiesen werden. Die Verordnung hat für 3 Jahre Gültigkeit.

Amerika.

Ruffand in Santo Domingo. Nach einem über St. Thomas in New York eingegangenen Bericht des französischen Kreuzers „Touche“ aus Santo Domingo hat in der Nacht vom Sonntag auf Montag und am Montag früh wiederum ein Kampf um den Besitz der Stadt stattgefunden. Einige Personen sind getötet, viele verwundet worden. Die Regierungstruppen wurden nach anfänglich gewonnenen Vorteilen wieder geworfen und auch aus dem Fort San Carlos wieder herausgedrungen.

Der Kongreß von Bordeaux.

Bordeaux, 13. April. (Sig. Ver.)

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung, 9 Uhr. *)

Millerand-Debatte. (Fortsetzung.)

Vorsitz: Camelle, Lenormand und Ballet. Eine Begrüßung ist eingetroffen von der österreichischen Parteileitung.

Abg. Breton beantragt eine Resolution, die Millerands Abstimmungen bedauert.

Jaurès will antworten zugleich Herbe und besonders Sarrante und Millerand: Die Ausschließung Millerands wäre ein brutaler, ungerechter und unpöhlischer Beschluß. Sie wäre aber auch gefährlich, wenn sie die freie Bewegung der Ideen verhindern sollte, die nach der theoretischen Seite von Sarrante, nach der praktischen von Millerand dargelegt wurden.

Es giebt einen Klassengegensatz, aber er betragt sich innerhalb der Demokratie. Seine Form ist in der Republik eine andre als in der Monarchie. So weit hat Sarrante recht. Aber er verfällt in eine naive Abstraktion, wenn er meint, daß das allgemeine Wahlrecht gleichbedeutend sei mit der Abschaffung des Klassengegensatzes. Er scheint sich in die Schlußphase der Entwicklung zu versetzen. Die Guesde irrt, wenn er den Klassenkampf außerhalb der Demokratie stellt, so irrt umgekehrt Sarrante, wenn er die Demokratie außerhalb des Klassenkampfes stellt. Das allgemeine Wahlrecht erleidet in seiner Anwendung den Einfluß des Klassengegensatzes, und zwar 1. in der Form des Unternehmertums auf die Arbeiter bei den Wahlen, 2. als Einwirkung der Gewohnheit und der Ueberlastung

*) Der obige ausführliche Bericht ergänzt den kurzen Bericht in unserer gestrigen Nummer.

mit Arbeit, die das eigne Denken des Proletariats verkrüppelt. Um diese Wirkungen zu bekämpfen, ist es nötig, stets auch in der Demokratie den Klassenkampf und das kommunistische Ideal zu betonen. Sarrante ist ebenfalls einseitig, abstrakt. Ihm ist das allgemeine Wahlrecht so etwas wie ein außerweltlicher Gott, der von oben her alles lenkt, während es in Wirklichkeit in die gesellschaftliche Bewegung mit hineingegriffen wird. Wie die glatte Oberfläche des Meeres die Fägel, die Ebenen und Abgründe des Meerbodens bedeckt, so bedeckt die Demokratie die sozialen Ungleichheiten. An uns ist es, diese Ungleichheiten durch unsere sozialistische Propaganda aufzudecken. (Lebhafte Beifall rechts.) Guesde irrt, wenn er noch heute den Staat ausschließlich als einen Klassenstaat betrachtet, als eine Art eiserne Mauer, auf welcher das Proletariat nie auch nur den geringsten Teil seiner Forderungen einzuschreiben vermag. In der Demokratie ist der Staat nicht undurchdringlich. Dessen Durchdringung durch das Proletariat hat bereits begonnen mit der Gewinnung von Gemeinderäten und Kammermitgliedern. Ueberhaupt ist es ein seltsamer Gedanke, daß irgend eine soziale Kraft der Beeinflussung durch die anderen sozialen Kräfte unzugänglich sein sollte. Mit Sarrante und Millerand hoffe ich auf eine tiefe und entscheidende Durchdringung des Staates durch das sozialistische Proletariat, so daß wir nach und nach, ohne es zu merken, in die Zone des sozialistischen Staates hineingelangen werden, wie die Seereisenden die Scheidungslinie zwischen den beiden Hemisphären überschreiten. (Lebhafte Beifall.) Aber Sarrante und Millerand irren, insofern sie übersehen, daß heute der Staat noch in einem enormen, erdrückenden Maße ein Staat des kapitalistischen Eigentums ist. Es ist wahr, zur Zeit ist der Gegensatz zwischen Staat und Proletariat gemildert, aber der Staat kann wieder gegen uns zu Gewaltmitteln greifen. Zu einem gewissen Teil ist er uns noch feindlich. Daher ist die sozialistische Propaganda nötig, um die Durchdringungskraft des Proletariats zu vermehren.

Es besteht eine allgemeine Solidarität der Interessen. So hat die sozialistische Partei politische Rechte für alle Klassen verlangt, ebenso liegt die von uns geforderte gleichzeitige Abrüstung im Interesse der nationalen Sicherheit. Ferner will die sozialistische Partei auch das Gedeihen der nationalen Produktion fördern, u. a. die Kolonialmächte z. B. in China durch eine friedliche Aktion erweitern. Aber bei alledem handelt sie vor allem vom proletarischen Standpunkte aus. Das Proletariat ist ja in der glücklichen Lage, für seine eignen Interessen sorgen zu können, indem er für die Prosperität der Nation eintritt, weil die Interessen der letzteren mit denen der aufstrebenden Klasse sich decken. Beispiele: die Wohnungsfrage, in welcher wir die Volksgesundheit über den Interessen des Eigentums stellen. So sind wir die Hüter der allgemeinen Gesundheit, weil wir gerade die Interessen des Proletariats wahrnehmen. Ebenso ist die Arbeiterkassen-Gesetzgebung zugleich ein Interesse der ganzen Nation. Wohl streben wir nach Vermehrung des nationalen Reichtums, wir wollen nicht den Sozialismus in einem verarmten Frankreich einführen, deshalb fordern wir die gleichzeitige Abrüstung und wir appellieren dabei auch an das wohlverstandene Interesse der Bourgeoisie. Aber an der Abrüstung ist vor allem das Proletariat interessiert: erstens weil sie die allgemeine Prosperität fördert, zweitens weil sie die Mittel für durchgreifende soziale Reformen freimacht, drittens weil sie die Kriegsgefahr beseitigt und damit auch die stets mögliche Ablenkung der Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Fragen zu Gunsten der äußeren Sicherheit, was eine für den proletarischen Kampf schädliche Diversion der herrschenden Klassen ist. Daher ist das Proletariat freilich nicht die einzige, aber die entscheidende Abrüstungskraft. (Lebhafte Beifall.)

Millerands Jertum in den Abstimmungen hängt daran, daß er bloß eine Seite des Problems berücksichtigt hat. Er hat klar gesehen und mutig gesagt, daß die Demokratie dem Proletariat besondere Pflichten und Möglichkeiten schafft. Aber um das Eindringen des Proletariats in den Staat zu ermöglichen, hat er zu sehr die Spitze abgestumpft, mit der das Proletariat sein Gepräge aufzudrücken hat.

Gestern sagte Millerand zu meiner Freude, daß seine Abstimmungen nicht aus der Aeneas zu seiner ministeriellen Vergangenheit erfolgt seien. Denn außerdem wäre die sozialistische Ministerkammer die schwerste Gefahr für die Partei. Das Proletariat, glaube ich, will diese Ministerkammer und wird wieder dazu kommen. Aber die den sozialistischen Minister verbindende ministerielle Solidarität kann nur ein zeitweiliger Vertrag, eine Art Berufspflicht sein, sie darf aber ihm keineswegs einen ewigen Stempel aufdrücken und so nach und nach alle durch die Regierung gegangenen Genossen lähmen, von der Partei absondern.

Redner vergleicht von neuem die Millerandsche Auffassung mit der guesdistischen: beide Auffassungen machten nach entgegengesetzten Seiten die Taktik zu einem allzu leichten Problem. Ferner kritisiert er die Abstimmungen Millerands im einzelnen. Das Votum gegen das Kultusbudget sei eine notwendige Kundgebung, die die Trennung zwischen Kirche und Staat bedeuten könne. Es sei möglich, daß die derzeitige Kampfgovernment auch eine Vorhut in ihrem Lager besitze, die sie über ihr Programm hinaus Fortzureichen strebe und so ein Gegengewicht gegen die zögernden Elemente der Regierungsmehrheit bilde.

In Bezug auf das „Soldaten-Handbuch“ wendet sich Jaurès gegen diese Art antimilitaristischer Propaganda: Man darf nicht zur Fahnenflucht auffordern. Jeder Fahnenflüchtige ist für den sozialistischen Kampf verloren. (Widerpruch links.) Das ist die Regel, wenn es auch Ausnahmen geben mag. Die sozialistischen Deputierten werden von den Fahnenflüchtigen mit Bitten befüllt, doch ihre Begnadigung zu erwirken. Diese Rebellen sind gedrochene Menschen. Das Handbuch wendet sich nicht an die Energie, sondern an die Schwäche. Werdet Ihr auch den Arbeitern raten, aus der Fabrikfabrik zu entfliehen, wenn sie nicht die Kraft haben, ihre Leiden zu ertragen? (Widerpruch links.) Ueberhaupt ist die bisherige antimilitaristische Propaganda auf einem falschen Wege. Anstatt nur die militärische Einrichtung und den schuldigen Teil der Offiziere zu bekämpfen, verallgemeinern wir unsere Anklagen, sie auf sämtliche Offiziere ausdehnend. Und doch müssen wir trachten, auch die Offiziere für uns zu gewinnen. Wie könnten Ihr sonst sozialistische Mützen einführen? Doch haben wir bisher jene falsche Art der antimilitaristischen Propaganda nicht bekämpft. Daher hatte Millerand nicht das Recht, für die Verfolgung des Handbuchs zu stimmen.

Seine Abstimmung über die Abrüstung ist ein fundamentaler Jertum. Warum soll denn Frankreich nicht die Initiative zur Abrüstung ergreifen? Zudem lehnte Delcassé diese Initiative ab, weil wir, so sagte er, ein „besiegtes Volk“ seien. Hinter diesem Wort aber steht die heimliche Drohung der Rebände. Das republikanische Frankreich muß die Initiative des Völkerr Friedens ergreifen. Millerand steht prinzipiell auf dem gleichen Boden wie wir alle: er erkennt an das sozialistische Ziel, die allmähliche Eroberung der öffentlichen Macht, den Internationalismus, die Abrüstung. Aber seine Ministerkassen-Mitglieder lassen ihn die Gipfel unseres Programms aus den Augen verlieren. Je kräftiger Millerand beweist, daß die Strahlgewölbe vorbei sind, desto notwendiger ist die Revolution der Idee.

In diesem Sinne denke ich eine Resolution zu beantragen. Aber wozu die Ausschließung Millerands? Die gesamte sozialistische Welt macht heute heilsame Kräfte durch, die sie aus der Kindheit hinausholen. Wir alle suchen nach neuen Wegen, wir wissen nicht, ob diese oder jene Formel von heute noch morgen wahr sein wird. Die Gefahr ist nicht in der Wammigfaltigkeit der Tendenzen, sondern im Geist der Spaltung und der Ausschließungen, der das vorübergehende Uebergewicht einer einzigen Tendenz sichert. Ich bedauere, daß Guesde, Baillan und Allemane nicht hier sind, um mit uns ein Gegengewicht gegen Millerand zu bilden, und umgekehrt würde ich bedauern, wenn Millerand nicht seine Tendenz als Gegengewicht geltend machen könnte.

Aber die Parteidisziplin ist unentbehrlich, unbeschadet des Rechts aller Genossen, für ihre Ideen zu wirken und Kritik zu üben. Vielleicht wäre alles anders gekommen, wenn Millerand nicht seit drei Jahren von uns entfernt geblieben wäre. Es ist wahr, daß die

Kammerfraktion ihn zum Eintritt in Ministerium auf seine eigne Verantwortung hin ermächtigt hat, aber er ist doch isoliert worden durch die Ministerkassiererei. In Zukunft wird ein sozialistischer Minister auf den Parteikongressen erscheinen müssen, um Rechenschaft abzulegen und in Fühlung mit der Partei zu bleiben. Für Millerand war es nicht möglich — auch wegen der Verleumdungen, die ein Teil der Sozialisten gegen ihn schleuderte.

Nicht nur das Votum, schon die Beantwortung des Ausschusses ist eine traurige Sache. Dadurch wären nicht nur gewisse taktische Fehler getroffen, sondern auch diejenigen Sozialisten befriedigt, die ihren Selbstgeiz über die Interessen der Gesamtpartei gestellt haben. (Anhaltender stürmischer Beifall der Mehrheit. Mehrere Delegierte beglückwünschten Jaurès und drückten ihm die Hand, während er auf seinen Platz zurückkehrte, darunter Viviani und Millerand.)

Charles Louquet verzichtete aufs Wort: Er würde nach Jaurès' Rede nur noch deren Maueranschlag beantragen können.

Jubert-Larn (Jaurès' Département) spricht namens einer schwachen Minderheit der Larn-Föderation, die übrigens einstimmig ein Tadelvotum gegen Millerand angenommen hat: Jaurès' Vergleich der Kaserne mit der Fabrik trifft nicht zu, der Soldat verfügt nicht über dieselben Kampfmittel wie der Arbeiter, er kann nicht streiken. Nach Millerands gestrigen Erklärungen würde er als Kriegsminister und alle gerichtlich verfolgen, wenn wir die Soldaten aufforderten, auf Streikende nicht zu schießen, um so mehr als die kollektive Gehorsamsverweigerung eine schwerere Verletzung der Disziplin ist als die individuelle Fahnenflucht. Ferner rügt Redner energisch Millerands Abwesenheit in der Kammer während der jüngsten Dreijährs-Debatte. Er erwartet von Millerand versichernde Erklärungen für die Zukunft, sonst werde er für den Ausschluß stimmen. (Beifall links.)

Leuridan-Honne verliest eine Begründung der Notwendigkeit der Scheidung zwischen Millerand und der Partei. Darin liegt nichts Beleidigendes für Millerand. Millerands Auftreten ist eine Folge des Uebergewichts der politischen Aktion und der Wahrscheinlichkeit über den wirtschaftlichen Kampf. Nur die Allemanisten (Redner ist ehemaliger Allemanist) sind davon frei geblieben. Alle anderen Sozialisten betrachten sich eher als eine politische Partei denn als eine Arbeiterpartei. Millerand lenkt uns, ohne es zu wollen, von unfrem Wege ab. Wägen alle, die wie Millerand sich von parlamentarisch-politischen Rücksichten leiten lassen, alle die nicht revolutionäre Sozialisten sind, unsere Partei verlassen. Darin liegt nichts Erniedrigendes. Wir können nach der notwendigen Scheidung zwischen zwei unvereinbaren Richtungen Freunde und selbst Alliierte bleiben. Persönlich habe ich die gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit des Ministers Millerand in Versammlungen verteidigt.

Georges-Poitiers hat ein Mandat für den Ausschluß, aber kein gebundenes. Nun aber hat er seine Meinung geändert im Laufe der Debatte, infolge der Rede von Jaurès. (Beifall rechts.) Wir würden uns mit einem Tadelvotum begnügen, unter der Bedingung jedoch, daß Millerand sich verpflichtet, in Zukunft keine ähnlichen Abstimmungen vorzunehmen, wie früher. Andernfalls würden wir uns enthalten in der Ueberzeugung, daß Millerand von selbst die Partei verlassen wird.

Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Rachmittags-Sitzung. 2 Uhr.

Grüße sind eingegangen vom Kongreß der englischen Sozialdemokratischen Föderation und vom Gemeinderat von Journies. Legterer bittet um Entsendung von Delegierten zur Einweihung des Denkmals für die Mai-Opfer der Wechsell von Journies 1891.

Die Millerand-Debatte wird fortgesetzt.

Renardet beginnt mit der Rechtfertigung gebundener Mandate. Seiner Zeit, als es Millerands Freunde pöbelte, dachten sie daselbe über solche Mandate. Seit vier Jahren beschäftigt uns der Fall Millerand. Nur der Ausschluß kann ihn aus der Welt schaffen. Selbst Millerands Freunde sagten unter der Hand, die Scheidung wäre vorzuziehen. Was er austreten, um eine eigne Partei zu gründen oder den Radikalen sich anzuschließen. Dadurch würde er sich einen Verdienst um seine eignen Ideen und um die sozialistische Partei erwerben, die seitetwegen seit vier Jahren Spaltungen durchmacht. Ein Tadelvotum wäre lächerlich: es handelt sich nicht um eine väterliche Rügung, sondern um zwei unvereinbare Auffassungen: die sozialistische und die Millerandsche. Die ernste Bedeutung seiner Abstimmungen ist die, daß er dadurch seine Auffassung zur Debatte stellen wollte, daß sie nach seinem eignen Ausdruck eine „Illustration“ seiner Denkweise sind. Redner durchmustert die einzelnen Abstimmungen und erwähnt dabei die noch nicht besprochene Enthaltung Millerands in der Abstimmung über die beanstandete Korruptionswahl des nationalen Abgesandten Gailhard-Pancel.

Zur Verfolgung des antimilitaristischen Handbuchs bemerkt Renardet u. a., daß Millerand, um seine Abstimmung zu rechtfertigen, in öffentlichen Reden das Handbuch als anarchoistisches bezeichnet. Dadurch hat er in einer noch schwebenden gerichtlichen Untersuchung die Rechtslage der Verfolgten verschlimmert, gegen die die Ausnahmegeetze 1893-1894, die „verbrecherischen Gesetze“ in Anwendung kommen. Ferner jagte ja Millerand gestern, er würde als Kriegsminister ebenfalls die Verfolgung des Handbuchs anordnen. Ich erinnere, daß früher selbst in der „Petite République“ gelegentlich den Soldaten geraten wurde, eventuell auf die Offiziere zu schießen. Millerand meinte gestern, den Soldaten wäre der Zutritt nur zu den Arbeitsbüchern verwehrt, die das Handbuch verbreitet hätten. Das ist unrichtig: das Verbot ist allgemein.

Durch die Abstimmungen hat Millerand die sozialistische Partei vor vollendete Thatfachen gestellt, die ihr großen Schaden zufügen. Millerands individuelle Politik steht in einem schroffen Gegensatz zur kollektiv festgelegbaren Politik der Partei. So auch in der Ministerfrage. In seiner Antwort an Jaurès (in der Diskussion über Millerands Wortwort: „Der reformerische Sozialismus“, die in der „Petite République“ geführt wurde) schrieb er, daß ein sozialistischer Ministerkandidat „im Einverständnis mit seinen Freunden“ ein Portefeuille annehmen dürfe, nicht im Einverständnis mit der Partei. Auch hier hat Jaurès die entscheidende Antwort gegeben, wie seine ganze Rede die unüberbrückbare Kluft zwischen Millerand und der Partei aufdeckt. Millerand hat von der steten Fühlung mit seinem Wahlkomitee gesprochen. Die Sozialisten verlangen aber die Fühlung mit der Gesamtpartei, da unter der Wählermasse eines sozialistischen Abgeordneten auch Nichtsozialisten zu finden sind.

Theoretische Resolutionen über den Fall Millerand, wie sie Jaurès angeregt, passen hier nicht. Nach einer dreijährigen Erfahrung müßte ich solchen Resolutionen. Auf den bisherigen Kongressen habe ich niemals eine rein ministeriellistische Resolution gefaßt, aber die Praxis war trotzdem rein ministeriellistisch. (Beifall links.) Wir wissen, welche schwere Verantwortung wir übernehmen, indem wir den Ausschluß verlangen. Wir erkennen an Millerands Talent und Energie und selbst seine Verdienste um die Partei. Aber auch die Gegner des Ausschusses übernehmen eine schwere Verantwortung, da der Streit um Millerand fortdauern wird. Einer der hervorragendsten Fraktionsmitglieder sagte mir, Millerand könne niemals in vollständiger Solidarität mit der Fraktion handeln. Seinen Stimmzettelfaß hat er ja einem Radikalen anvertraut und obendrein berichtet er noch die von diesem Radikalen (während seiner Abwesenheit) vollzogenen Abstimmungen (Kultusbudget). Das erwähnte Fraktionsmitglied sagte mir noch: „Da Millerand seinen Stimmzettelfaß den Radikalen anvertraut, so mag er seinem Kasten folgen!“ (Beifall links.)

Ueber keinen einzigen Punkt denken wir so wie M. Warum also den Streit verewigen? Scheiden wir uns schließlich-friedlich! (Lebhafte Beifall links.) Würde Millerand seine Partei wirklich achten, so hätte er im Wahlkampf das Tours-Programm affiziert. (Rufe rechts: Auch andre Deputierten haben das unterlassen!) Nun, wir wollen auch die andre Deputierten behandeln. Das ist ja das Uebel des Millerandschen Auftretens, daß dadurch alles in der Partei verunsichert worden ist. So hat sich auch die Fraktion unter Verletzung der Parteistatuten konstituiert. In Tours hat Jaurès gesagt, man werde den Kongreß nach der treuen und loyalen Achtung der Genossen vor dessen Beschlüssen beurteilen. Jetzt weiß man, wie es um diese

Achtung steht. Auch die Beschlüsse von Bourdeau werden mißachtet werden, so lange die Quelle der Zwietracht nicht beseitigt ist.

Redner betont wie Herbe die Notwendigkeit, nach der Wiedervereinigung mit den Guesdisten und Blanquisten zu streben. Millerand will dagegen Heizen der Spaltung verewigen. Siehe die Schlusssätze seiner Antwort an Jaurès. Redner verliest dieselben und fährt fort: Nach Millerand kann also die Einigung nur nach rechts stattfinden, nicht nach links. Nein! Es ist unmöglich, daß in Frankreich für immer zwei oder drei sozialistische Parteien bestehen sollen. Ihr habt kein Recht, das Proletariat entzwei zu spalten. (Starker ironischer Beifall rechts.) Die proletarischen Elemente haben von selbst gegen Millerand Stellung genommen. Infrerjeis hat niemand auf die Föderationen der Provinz einen Druck ausgeübt. Sie haben uns von selbst gebundene Mandate für den Ausschluß gegeben. Die Riedre-Föderation hat von selbst ihre Einladung an Millerand, einen Vortrag zu halten, wieder zurückgezogen, nachdem sie von seinen Abstimmungen erfahren hatte. (Beifall links.) Zum Schluß wendet sich Redner gegen Jaurès Antrag, die Frage noch in einer Kommission zu behandeln. (Lebhafte Beifall links.)

Heppenheimer (ehemaliger Croussist, Possibilist) richtet eine Mahnung besonders an seine ehemaligen possibilistischen Organisationsgenossen zu Gunsten Millerands auf Grund ihrer eignen Vergangenheit, wo auch ihre Führer mit Wammflächen belegt wurden. Weiter führt er aus: Jaurès hat in seiner Rede gezeigt, daß Millerand über alle Grundprinzipien mit der ganzen Partei übereinstimmt. Millerand hat bloß in einer taktischen Frage gefehlt. Sein Ausschluß würde eine Art Schreden gegen neue Ideen bedeuten. (Lebhafte Beifall rechts.)

B. Bertrand ist gegen den Ausschluß, aber er verlangt von Millerand die Verpflichtung, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. In Bezug auf die Abstimmungen würde das genügen. Aber es giebt noch eine Prinzipienfrage: die Idee der „Solidarität der Klassen“ ist in Millerands Wortwort zu seiner Redesammlung noch scharfer ausgesprochen als in seiner gestrigen Rede, ja selbst in der Rede Sarrantes. So was höre ich zum erstenmal auf einem sozialistischen Kongreß. (Beifall links.) Wäre etwa bereits die Lognarbeit verschwunden? Lebten wir bereits, ohne es zu merken, im Jubiläumssaat? Ueber diesen Punkt hat M. noch nichts gesagt. Der Kongreß müßte in einer Resolution die Abstimmungen als antisozialistische mißbilligen und weiter erklären, daß im kollektivistischen Sozialismus kein Platz da ist für die Idee der „Solidarität der Klassen.“

Ladepöze verlangt die Vorredner Garantien für die Zukunft, sonst hätten wir auf dem nächsten Kongreß mehrere Millerands, aber ohne M's Talent, die Scheidemünze von Millerand. Giten wir uns vor der Gefahr, aus dem proletarischen Milieu entwurzelt zu werden! Aber keinen Ausschluß! M. ist eine Kraft, die nicht geopfert werden darf. Versteinen wurde nicht ausgeschlossen. (Auf links: „Im Parlament steht Versteinen in Reich und Glied!“) Verpflichtet sich M. wie Versteinen, den Kongreßbeschlüssen zu folgen, so können die gebundenen Mandate für den Ausschluß verlassen werden. (Beifall rechts.)

Es sprechen noch einige Redner für und wider den Ausschluß, darunter

Hobrigues-Sonne unter der Entrüstung der Linken, da er sein gebundenes Mandat für den Ausschluß im Stich läßt und erklärt, eine gewisse Anzahl Föderationen hätten sich mit der feinen geeinigt, trotz ihres gebundenen Mandats den Ausschlußantrag zurückzuziehen, wenn Millerand befriedigende Erklärungen macht. (Rufe links: „Verräter!“ Proteste rechts. Lärm.)

Millerand will die verlangten Erklärungen machen. Zunächst kommt er von neuem auf die Abstimmungen zurück. Sodann fährt er fort: Wichtiger als die Abstimmungen ist die Auffassung, die sie diktiert hat. Jaurès' Zeugnis für mich entscheidet mich für alle ungeduldeten Angriffe. Wie immer, habe ich den festen Willen, Worte der Einigung und Veröhnung zu sprechen. Jaurès' Parallelen zwischen Guesdes und Sarrantes Auffassung ist etwas zu leicht gezogen. Jaurès hat gesagt, ich hätte zu sehr die proletarische Spitze abgestumpft. Unfre Begier haben sie aber doch genug gefühlt. Mit Ihnen, Jaurès, denke ich, daß je mehr wir die Pflicht haben, die sozialistische Idee Stück für Stück in Thatfachen umzusetzen, desto größer unsere Pflicht ist, dem Proletariat das ganze Gebäude des Sozialismus vor Augen zu führen, ihm das Ziel zu zeigen, wozu wir gehen. Mich trifft nicht der Vorwurf, über den nächsten Zielen das letzte Ziel vergessen zu haben. Selbst als ich Minister war, betonte ich dieses Ziel in meinen Reden zu Lille, Lens und Nimung. Auch als Minister war ich nicht nur ein disciplinierter Soldat der Partei, sondern auch ein Propagandist des sozialistischen Ideals. (Beifall rechts.)

Was die „Solidarität der Klassen“ betrifft, so verweise ich Sie nicht auf Sarrantes Rede, sondern auf die heutige Rede von Jaurès, der ja ebenfalls die Pflicht der sozialistischen Partei anerkannt hat, für die allgemeinen Interessen des Landes zu sorgen. Er sagte freilich, dies müsse vom proletarischen Standpunkte aus geschehen. Aber dieser Standpunkt ist doch nicht der Standpunkt einer einzigen Klasse, sondern der der großen Masse der Entzweiten. (Beifall rechts.) Die Solidarität der Klassen hebt den Massen-gegenstand nicht auf. Beide bestehen nebeneinander und unser Ziel ist, den Massengegenstand aufzuheben durch die Abschaffung der Klassen. (Beifall rechts.) Wir alle sind also der gleichen Meinung. Niemand hat je gegen Jaurès' Worte über die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des Landes protestiert. Meine (in der „Petite République“ veröffentlichte) Antwort halte ich aufrecht, aber es ist unrichtig, daß ich dort von einer Spaltung gesprochen. Ich wollte und will nur die Einigung in der Macheit.

In der Ministerfrage sind die revolutionären Sozialisten vor den Folgen ihrer eignen Taktik zurückgeschreckt. Sie sind daher aus der Partei ausgetreten. Ihr aber seit geblieben. Ich weiß, daß vor, während und nach der Spaltung Resolutionen über diese Frage gefaßt wurden, die die Ministerkassiererei mit allerlei Vorbehalten und Vorrechtsbestimmungen ungaben, und zwar 1. um eine Spaltung zu vermeiden, 2. um nicht die Masse zu verärgern, die wohl den reinen Wein der Wahrheit noch nicht vertragen kann, um nicht auf dem Vormarsch allzuwele Radikaler längs des Weges hinter sich zu lassen. Ich weiß, daß Ihr mich sojuzigen in Uelaud gesetzt habt, in der sicheren Ueberzeugung freilich, daß die Ehre meiner ministeriellen Leistung: doch auf die sozialistische Partei fallen wird. (Beifall rechts.) Aber bei alledem ist die Beteiligung an der Regierungsgewalt auf keinen Widerstand von Eurer Seite gestiegen.

Ueber die Grundsätze und die Taktik ist die volle Uebereinstimmung notwendig. Und das ist der Fall, es besteht kein Gegensatz zwischen der ungeheuren Mehrheit des Kongresses und mir. Besteht aber eine Uebereinstimmung über die leitenden Ideen, so darf man über Fragen der Anwendung keine Scheidung vornehmen. Ich glaube an die Zukunft meiner Ideen über die Anwendungsfragen und beanspruche das Recht, diese Ideen zu verbreiten, aber bis dahin, bis sie von der Partei anerkannt sind, verlange ich nichts weiter als ein disciplinierter Soldat der Partei zu wirken, Hand in Hand mit Euch zu marschieren, wie seit zehn Jahren für die Republik und die sozialistische Idee“. (Lebhafte Beifall der Mehrheit.)

Geraut-Ridard beantragt folgende Resolution: „Der Kongreß nimmt Millerands Erklärungen zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über.“

Jaurès freut sich über Millerands Erklärungen, die er mit eignen kräftigeren Ausdrücken betrefte der Disziplin wiederholt, was Protekte seitens der Linken hervorruft. Dann beantragt er die Ernennung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution.

Renardet spricht gegen diesen Antrag und verlangt eine Unterbrechung der Sitzung, damit die Linke in einer Sonderversammlung sich über die Frage schlüssig machen kann.

Jaurès: Die Kommission würde vielleicht zur Einigung über eine gemeinsame Resolution führen, was der Partei eine unvergleichliche Kraft verleihen würde.

Cipriani protestiert gegen die Kommission, nachdem man zwei Tage eine harte Diskussion gepflogen.

Schließlich wird um 6 Uhr die Sitzung für 1/2 Stunde unterbrochen, wie es die Linke verlangt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Fabre-Marjeule namens der Linken, die Kommissionsberatung anzunehmen. Die Kommission wird auf Antrag der Linken von den einzelnen Föderationen gewählt. Sie besteht aus 38 Mitgliedern, ein Mitglied pro Föderation.

Vor Schluß der Sitzung verliest Vorsitzender eine Begrüßungsdepesche von der englischen Independent Labour Party (unabhängige Arbeiterpartei).

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Die Elberfelder Genossen beerdigten am zweiten Ostertag den Maurer Albert Jakob aus Somborn. Bei der Beerdigung kam es zu einem Zwischenfall dadurch, daß die Polizei anfangs den Mauern die Enthüllung ihrer Fahne verbot. Später stellte sich heraus, daß die Fahne gar nichts Staatsgefährliches an sich hat, sondern sogar das Elberfelder Stadtwappen trägt. Die Bedenken des Herrn Polizeikommissars hatten ihre Ursache darin gehabt, daß beim Zusammenrollen ein rotes Feld der Fahne nach außen gekommen war. — Die Kölner Genossen trugen an demselben Tage den Maschinenbauingenieur Hermannsbach zu Grabe. Trotz der Anwesenheit von etwa 800 Leidtragenden und der Entrollung mehrerer Fahnen ging hier alles ohne Zwischenfall ab.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **In 200 Mark Geldstrafe** wurde vom Schöffengericht in Banti Genosse Jacob als verantwortlicher Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes“ verurteilt. Derselbe hatte die Verhaftung zweier Mädchen durch die Sittenpolizei getadelt, von denen das eine später freigelassen, das andre als krankheitsverdächtig im Krankenhaus in der Abteilung für geschlechtskranke Dirnen untergebracht und unter Kontrolle gestellt wurde. Die beteiligten Beamten, die natürlich die Beleidigten sind, sagten aus, die Mädchen seien rassistisch behandelt worden, wären freiwillig zur Wache gefolgt und hätten sich dann auch nach anfänglichem Sträuben freiwillig untersuchen lassen. Der Staatsanwalt hatte 100 Mark Geldstrafe beantragt, das Schöffengericht erkannte aber darüber hinaus auf 200 Mark.

Aus Industrie und Handel.

Bedburger Wolllindustrie, Aktiengesellschaft. Bedburg. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Geschäftslage wesentlich gebessert. Der Umsatz stieg gegen das Jahr 1901 um 359 432 Mark auf 3 295 456 M., und in das neue Geschäftsjahr wurden an 1,53 Millionen Mark Aufträge mit herübergenommen: ein Bestand, der sich seitdem noch beträchtlich vergrößert hat. Der Reingewinn beträgt bei 146 971 M. (i. V. 153 556 M.) Abschreibungen 178 527 M. (31 210 M.), woraus 4 Proz. (i. V. 0) Dividende gleich 120 000 M. verteilt werden sollen.

Unter den rheinischen Textilarbeitern stehen sowohl die Bedburger als die Kachener Fabrikanten der Firma in keinem günstigen Auf. Erst kürzlich kritisierte der katholische „Christliche Textilarbeiter“ die Behandlung der Arbeiter in dem Bedburger Stabiliment in durchaus abfälliger Weise — und doch befindet sich die Hauptmasse der Aktien in den Händen des Kommerzienrats Silberberg und der Kölner Familie Trimborn, eine der Säulen des rheinischen Centrums. Erster Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Herr W. Trimborn-Köln und als sein Stellvertreter fungiert Herr Justizrat Valduin Trimborn.

Oesterreich-ungarisches Eisenartell. In den Bureaus der Bittkühler Bergbau- und Eisenhütten-Gesellschaft traten heute das österreichische und das ungarische Exekutivkomitee des Eisenartells zu einer Beratung zusammen. Der Versammlung wohnten auch der Obmann des Feinblechartells und ein Vertreter der Firma Vogel u. Root bei. Generaldirektor Piro gab als Obmann des ungarischen Exekutivkomitees die Erklärung ab, daß die Eisen- und Blechfabrik-Gesellschaft Union sich wieder dem Feinblech-Partell anschließen.

Höchster Farbwerke, Höchst a. M. Der Reingewinn für das letzte Geschäftsjahr stellt sich nach Abschreibungen im Betrage von 2 297 546 M. auf 4 570 000 M. (im Vorjahre 4 406 922 M.). Als Dividende sollen wiederum 20 Proz. ausbezahlt werden.

Die Bibliothek und Lesehalle der Korporation der Kaufmannschaft (Wörfel, St. Wolfgangstraße) sind werktäglich von 9—3 und von 6—10 Uhr, Sonntags von 10—12 Uhr geöffnet. Legitimationskarten sind bei allen Korporationsmitgliedern gratis erhältlich.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den freitenden Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeitern und deren Arbeitgebern sind gescheitert.

Vereinbarungsgemäß trat die in der Vorbesprechung am Mittwoch auf dem Einigungsamt gewählte gemischte Kommission gestern zu einer erneuten Sitzung zusammen, welche mit einstündiger Unterbrechung von morgens 10 Uhr bis abends 8 1/2 Uhr dauerte. Es wurden zunächst eine ganze Anzahl Arbeiter der Firmen Koller, Rose u. Sohn, Klug und Seyfert u. Wolff sowie die Vertreter bzw. Inhaber genannter Firmen vernommen, um den bisherigen Lohn und die Arbeitsleistung der letzteren festzustellen, damit sich objektiv prüfen lasse, ob die jetzigen Lohnforderungen berechtigt seien oder nicht. Laut Buch stellen sie ihren Arbeitgebern täglich für mindestens 12 bis 26 M. an fertiger Arbeit her und werden trotzdem nicht so gut entlohnt wie ihre Kollegen in andern Betrieben. Die Arbeitgeber wußten dies auch selbst einräumen. Sie behaupteten jedoch, daß sie die Mehrzahl der besser zahlenden Firmen nicht als maßgebend für die Branche anerkennen könnten. Recht niederdrückend wirkte es allerdings auf die anwesenden Fabrikanten, als einer der ihrigen, der Vertreter der Firma Dagenow u. Bierbräuer, erklärte, die für Arbeiter an Walzenjagen geforderten Löhne würden in jenem Betriebe schon seit rund 15 Jahren gezahlt. Wie wenig entgegenkommend sich die Arbeitgeber von vornherein bewiesen, zeigte sich deutlich daran, daß der Obermeister Rahardt die Forderung auf Aufhebung der neu eingeführten Accordarbeit an der Hobelmaschine gleich wieder zu einer Nachfrage zu stampeln suchte. Das Wort „Nachfrage“ spielte überhaupt eine große Rolle bei den Arbeitgebern; von den Arbeitern wurde es jedoch mit Recht dahin interpretiert, daß durch die von den Großmeistern künstlich konstruierte „Nachfrage“ lediglich eine große Anzahl Kleinmeister ruiniert würden, was auch der Vorsitzende v. Schulz auf Grund der Erfahrungen vom Jahre 1900 bestätigte. Nach längeren getrennten Beratungen erklärten die Arbeiter bereit, ihre ursprünglichen Forderungen, die auf 2 bis 7 M. Zulage pro Woche normiert waren, auf 1,50 M. bis 3 M. pro Mann (in einem einzelnen Falle 4 M.) zu erniedern. Die Arbeitgeber wollten jedoch nur für einzelne wenige Arbeiter ganz minimale, kaum nennenswerte Zulagen machen. Hoffmann als Vorsitzender der Organisation erklärte hierauf, derartige „Zugeständnisse“ könne er nur als eine Zerkleinerung der Arbeiter betrachten, er bedauere den negativen Verlauf der endlosen Sitzung, sei aber überzeugt, daß kein Arbeiter unter diesen entwürdigenden Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen werde. Obermeister Rahardt erklärte darauf in düren Worten, ein größeres Entgegenkommen sei den Arbeitgebern bei diesen schlechten Zeiten nicht möglich. Damit war der Einigungsversuch an der Startlosigkeit der Arbeitgeber gescheitert.

Achtung! Freie Vereinigung der Asphaltreue, Pappdachdecker etc. Da am Sonnabend, den 11. März der Vertrauensmann Gust. Hoppmann der Asphaltgesellschaft vorm. Schlegel Nachf., Kaiserin Augusta-Allee 9/12, nach beinahe 7-jähriger Tätigkeit ohne Grund entlassen ist und die Verhandlungen zu keinem Vergleich geführt haben, ist Bezug der Asphaltreue sowie Pappdachdecker usw. fernzuhalten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Iserlohn.

durch die mehr als 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in rücksichtslosster Weise auf die Straße geworfen sind, ist nichts anderes, als ein Nachtkampf, den die Unternehmer heraufbeschworen haben, um der seit kurzem vortrefflich erkrankten gewerkchaftlichen Organisation den Garaus zu machen. Die Arbeiterchaft von Iserlohn führt diesen ihr aufgezwungenen Kampf, um sich ihre Organisation zu erhalten und sie vor weiteren Angriffen eines dünselhaften Unternehmertums zu sichern.

Die Gewerkschaftskommission und das Arbeitersekretariat in Iserlohn wenden sich in einem Flugblatt an die organisierten Arbeiter Deutschlands, worin die derzeitige Lage in Iserlohn folgendermaßen geschildert wird:

In Iserlohn, einer Stadt von ca. 20 000 Einwohnern, waren bis vor kurzem die Gewerkschaften nicht besonders stark. Anfang 1902 hatte der Metallarbeiter-Verband ca. 100, zwei Lokalvereine (Industrie-Arbeiter und Radelarbeiter) ca. 800 Mitglieder. Mit Verlegung des Arbeitersekretariats von Hohenlimburg nach Iserlohn begann eine Zeit reger Agitation für die Gewerkschaften im allgemeinen und für den Uebertritt der Lokalvereine zum Verband im besonderen. Nach dem vorjährigen Kadlerstreik trat der Radelarbeiter-Verein mit ca. 500 Mitgliedern zum Verband über. Der Industriearbeiter-Verein stand, als der gegenwärtige Kampf ausbrach, in Unterhandlungen wegen des Uebertritts, gleichzeitig schwebten Unterhandlungen mit der Generalkommission wegen der Unterstützung des von den Lokalorganisationen gegründeten Arbeitersekretariats. Anfang 1903 hatte der Metallarbeiter-Verband 800, Industriearbeiter-Verein (auch dem Kartell angeschlossen) 1100, christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften ca. 800 Mitglieder. Heute zählt der Verband 1500, Industriearbeiter-Verein 1700, christliche und Hirsch-Dundersche ca. 500 Mitglieder.

Das Wachstum der Organisationen, das Lohnabzüge schon nicht mehr aufkommen ließ, war den Unternehmern ein Dorn im Auge. Völlig verrückt machte sie dann der Umstand, daß die Gewerkschaftsbewegung den Arbeitern Mut machte, ihre politische Ueberzeugung frei zu bekennen, so daß die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei den letzten Stadtverordnetenwahlen über 1000 Stimmen auf sich vereinigten. Dieser Umstand war es wohl besonders, der die Großen der hier im Wahlkreise noch dominierenden freisinnigen Partei zur Gründung eines Fabrikantenvereins veranlaßte. Die nationalliberalen Großen schlossen sich natürlich dem Verein gern an, ließen jedoch die Freisinnsmänner im Vordergrund, um sie in Mißkredit bei der Arbeiterchaft zu bringen, wovon sie für sich Nutzen bei der Wahl erhofften.

Witterte man infolge Mahregelung ein Streik bei der Firma Schäfermeyer u. Hens abgedroht, der sich zu einem großen Kampf auswuchs, als der Fabrikantenverein auf 14 Fabriken Streikarbeit verteilen ließ, die selbstverständlich verweigert wurde. — Jetzt faßte der Fabrikantenverein den Beschluß, durch einen Gewaltstreik die Organisationen zu vernichten. 4200 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden gekündigt und am Oster-Sonnabendabend auf die Straße gesetzt.

Alle Einigungsversuche sind bis jetzt gescheitert, die Einigungsgrundlagen (Anerkennung der Organisation, Hinausschieben des Fabrikanten-Arbeitsnachweises) waren in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Organisationsvertreter festgesetzt, wurden aber vom Fabrikantenverein unter einem ganz nützigen Vorwand nicht genehmigt. Der wahre Grund war, daß die Herren von dem Uebertritt des Lokalvereins Wind hatten und sagten: der Kampf kommt doch, warten wir aber noch ein paar Monate, so ist er völlig aussichtslos für uns, da dann alles im Verband ist. Ein Fabrikant bezeichnete es als „eine Blamage vor den Arbeitgebern ganz Deutschlands, wenn diese Einigungsgrundlagen genehmigt würden“.

So haben wir denn einen erbitterten Kampf, wie ihn die Metallindustrie Rheinland-Westfalens noch nicht gesehen hat. Fast die ganze Bevölkerung einer Stadt wird auf die Straße gesetzt, weil die Arbeiter von ihrer Organisation nicht lassen wollen. Und sie dürfen davon nicht lassen, sie dürfen der Aufforderung der Fabrikanten, das Anorganisierte wieder arbeiten können, nicht folgen, denn sonst ist die Arbeiterbewegung im Lennethal um ein Jahrzehnt zurückgeworfen! Das kann und darf nicht sein und rechnen wir deshalb zuverlässlich auf die energische finanzielle Unterstützung der auswärtigen Kollegen, die von der Gewerkschaftskonferenz für Rheinland-Westfalen (in Ueberfeld am 5. April) zugesagt wurde. Circa die Hälfte der Kämpfenden ist nicht unterstützungsberechtigt, der Kampf erfordert also schwere Opfer! An der Uneinigkeit der hiesigen Arbeiterchaft wird der Kampf nicht scheitern und die hiesigen Arbeiter werden, wenn sie in diesem Kampf ihre Organisation behaupten, auch bei andern Gelegenheiten zeigen, daß sie Solidaritätsgefühl besitzen!

Die bevorstehende Aussperrung in Birmensdorf.

Nachdem bekannt geworden war, daß die vom Bezirksamtmann unternommenen Einigungsversuche resultatlos verlaufen waren, gingen die von der Aussperrung bedrohten Arbeiter daran, ihre Vorstellungen für den bevorstehenden Kampf zu treffen. Der Verein deutscher Schuhmacher, der Verein christlicher Schuh- und Lederarbeiter, sowie der Hirsch-Dundersche Gewerksverein gehen in diesem Kampf gemeinsam vor. Diese Organisationen hatten am Ostermontag gemeinschaftliche Versammlungen einberufen, die von mehr als 6000 Personen besucht waren. Es traten Redner von allen drei Organisationen auf. Die Versammlungen drückten durch Annahme einer Resolution aus, daß der angebotene Kampf seitens der Arbeiter ausgenommen und durchgeführt werde. Zur weiteren Behandlung der Angelegenheit wurde eine Kommission gewählt, der 16 Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher, 9 Christliche und 3 Hirsch-Dundersche angehören.

Arbeitswillige für den Norddeutschen Lloyd waren am Dienstag wieder in Bremerhaven angekommen. Es waren 11 Mann, die aus Breslau kamen. Auch diese Leute sind von den Bremerhavener Arbeitern alsbald wieder zur Abreise bewegt worden. Auch aus Braunschweig waren 20 Mann unter glänzenden Vorpiegelungen herbeigeführt worden, die unsere Genossen gleichfalls empfangen und zur Abreise veranlaßten. Es ist dringend notwendig, daß unsere Parteigenossen und Parteiorgane allerorts ihren Einfluß geltend machen, um den Zug nach Bremerhaven fernzuhalten.

Die Parkettleger in Köln hatten den dortigen Geschäften Forderungen unterbreitet. Die Unternehmer-Vereinigung machte darauf bekannt, daß künftig nur noch Parkettleger durch den Arbeitsnachweis der Prinzipale eingestellt würden. Nachdem sie dann am Dienstag die Forderungen der Arbeiter ablehnten, legten diese am Mittwoch förmlich die Arbeit nieder.

Ausland.

Der Maurerstreik in Basel dauert nach den erfolglosen Bemühungen mehrerer Regierungen, worunter unser Genosse Wullfleger, im staatlichen Schiedsgericht fort, auch trotz des Entgegenkommens der Vertreter der Streikenden, da die Unternehmer nur geringe Zugeständnisse machen wollen. Eine Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden im Sommer lehnen sie ab, und in der Lohnfrage wollen sie den Maurern statt den geforderten 56 Cts. Stundenlohn nur 50 bis 53 Cts., den Handlangern statt 40 nur 38 Cts. zugestehen. Die Arbeiter beabsichtigen nun durch die Errichtung einer Feldfläche sich auf eine längere Dauer des Streiks einzurichten. Durch die Entlassung der aufgebotenen Truppen gestand die Regierung offen die mit dem Militärangebot gemachte Dummheit ein. Die Gefahr eines Generalstreiks ist vorüber, der absolut zwecklos gewesen wäre, die Basler Arbeiterbewegung aber zweifellos schwer geschädigt haben würde.

Eine Deputation der streikenden Budapest Strassenbahner wurde vom Handelsminister empfangen. Derselbe versprach die Sachlage zu prüfen und demgemäß seine Entscheidung zu treffen. Doch könne er schon jetzt erklären, daß von einer Intervention des Ministers keine Rede sein könne. Der Streik sei in einer schlechten Zeit begonnen worden, da die Arbeitslosigkeit gegenwärtig riesigen Umfang angenommen habe.

Die Schriftsetzer in Rom haben, einer „Herold“-Meldung zufolge, den Streik durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beendet. 80 Proz. der Streikenden sind wieder eingestellt worden. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht teilt dieselbe Meldung mit, daß alle Nichtsocialdemokraten aus der Arbeitskammer ausgetreten seien.

Aus der Frauenbewegung.

Der nächste Vortragabend des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse findet nicht am 20., sondern erst am 27. April statt. Der Vorstand.

Achtung! Ober-Schöneeweide. Die Genossinnen werden ersucht, sich an der öffentlichen Frauenversammlung, die am 20. April in Berlin, Koppenstr. 29, in Kellers Festsaal stattfindet, zahlreich zu beteiligen. — Abfahrt von Nieder-Schöneeweide 6 Uhr 34 Minuten. Die Vertrauensperson.

Ober-Schöneeweide. Den Mitgliedern des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins zur Kenntnis, daß die nächste Mitgliederversammlung Donnerstag, den 23. April im Restaurant Kaufhold, Wilhelmshafenstr. 18, stattfindet. Der Vorstand.

Verfammlungen.

Schmargendorf. Am 14. d. M. referierte Genosse Zubeil in einer gut besuchten Versammlung über die nächsten Reichstagswahlen. Der lebhafteste Beifall zeigte, daß auch die hiesigen Arbeiter nicht willens sind, das Nichtstun zwischen sich und der Socialdemokratie zu zerstreuen. In der Diskussion empfahlen Frau Thiel-Tempelhof und Frau Bäumer-Schöneberg den zahlreich anwesenden Frauen die Mitwirkung bei der Wahlagitatio und die Gründung eines Wahlvereins während der Wahlperiode. Nachdem Richter-Steigly das Verderbliche des Brotwuchers gekennzeichnet hatte, richtete Beilke an die hiesigen Gewerkschaftler die Aufforderung, sich mehr wie bisher an der politischen Bewegung zu beteiligen und sich politisch zu organisieren, da durch die Gesetzgebung die gewerkchaftlichen Erwerbsbedingungen auch in Zeiten des Niederganges gesichert werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breschen.

Köln, 16. April. (B. G.) Wie der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Posen gemeldet wird, sind das Herrenhaus-Mitglied v. Koczielski und der Landtags-Abgeordnete Stychel wegen Justizbegünstigung der verurteilten Breschener ebenfalls unter Anklage gestellt; somit sind im ganzen 14 Angeklagte vorhanden.

Aussperrung von 15 000 Arbeitern in Sicht.

Krefeld, 16. April. (B. Z. B.) Wie die „Kref. Ztg.“ mitteilt, haben in einer heute stattgehabten Versammlung die Fabrikanten folgenden Beschluß gefaßt: Die Mitglieder des Vereins der niederrheinischen Textilindustrie und ihrer Hilfsindustrien verhängen in Gemeinschaft mit dem Verbands niederrheinischer Sammet-, Plüsch- und Sammetband-Fabrikanten über ihre Betriebe die Sperre, wenn nicht bis längstens Sonnabend, den 18. April, früh, bei der Firma Bresthal u. Co. von mindestens zwei Drittel der bisher beschäftigten Personen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Sperre betrifft 15 000 Arbeiter.

Sturmscene im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 16. April. (B. G.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es aus Anlaß der Beantwortung einer Interpellation über die Vorgänge in der Kaiserlich-königlichen Honved-Schule durch den Honved-Minister zu einer derartigen Sturmscene, daß die Sitzung zur Beruhigung der Gemüter unterbrochen werden mußte. Die Opposition überschätzte den Honvedminister, weil dieser erklärte, die Opposition vergesse die Jugend durch ihre aufreizende Agitation, mit einer Flut von Schimpfwörtern und forderte den Präsidenten auf, dem Minister einen Ordnungsruf zu erteilen, was dieser jedoch ablehnte.

Internationaler landwirtschaftlicher Kongreß.

Rom, 16. April. (B. Z. B.) In den Sektionen des Internationalen landwirtschaftlichen Kongresses wurde heute unter dem Vorsitz des Grafen Kolowrat die Frage einer internationalen Vereinigung zur Regelung der Getreidepreise besprochen. Generalsekretär Palfant gab einen Ueberblick über die Zwecke der Vereinigung und über die Erfolge, die durch nationale Organisationen erzielt wurden, welche gegründet wurden, um die Bildung der Getreidepreise dem Einflusse der internationalen Spekulation zu entziehen. Reichstags-Abgeordneter Dr. Köstler-Kaiserslautern setzte die Vorteile aus, welche die Landwirte aus dem Austausch von Mitteilungen über die Getreidepreise und allgemeine Marktberichte ziehen könnten. Hieran schloß sich die Besprechung von Vorschlägen des Prinzen Schönau-Garolath bezüglich einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Statistik und hinsichtlich der Erhebung von Zuschlagssätzen auf Getreide, welches aus Ländern stammt, die direkt oder indirekt Exportprämien geben.

Krausfurt a. M., 16. April. (B. G.) Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Simmern berichtet wird, trat gestern und heute in Rahegebiet und auf dem Hunderück starker Schneefall ein. Nachts fiel die Temperatur auf 5 Grad unter Null. Der Frostschaden an der Winterfrucht und Obstbäume ist bedeutend.

Lissabon, 16. April. (B. Z. B.) In einer staatlichen Fabrik rauhlos Pulvers im nahen Chelas ereignete sich eine Explosion, bei welcher zwei Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

Dritte Generalversammlung des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten.

Dritter Verhandlungstag.

In der Vormittagsitzung, die Schubert-Berlin leitet, wird die Statutenberatung fortgesetzt. Nach den gefassten Beschlüssen sind von der Beitragszahlung entbunden: Arbeitslose Mitglieder, Kranke und zum Militär eingezogene Mitglieder, sofern dieselben betriebsseitig keine Unterstützung erhalten, ferner zur Strafbast eingezogene Mitglieder während der Haftdauer, sobald dieselbe länger als eine Woche dauert. Die Titel: Verwaltung, Vorstand und Ausschuss werden in der Fassung der Vorstandsprotokolle angenommen, in der erhebliche Änderungen der bisher gültigen Bestimmungen nicht enthalten sind. — Eine längere Diskussion zeitigt der Abschnitt, der von der Organisation bezw. deren Gliederung und von der Abführung des Prozentbetrags der Beiträge an die Hauptkasse handelt. Bisher konnten an den einzelnen Orten mehrere Filialen gegründet werden, was nach der Vorlage des Vorstandes beabsichtigt werden soll. Wegen dieser Bestimmungen wenden sich ausschließlich Berliner Delegierte, die eine Verschmelzung der Filialen in der vorgeschlagenen Form — es bestehen in Berlin um den Vororten über 20 — in Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse für unthunlich erachten und der Meinung Ausdruck geben, daß infolge der Abneigung eines Teils der Mitglieder gegen die Verschmelzung eine Schwächung der Organisation eintreten würde. Sämtliche auswärtige Delegierte befürworten die Verschmelzung und wünschen teilweise nur, daß in Rücksicht auf die Berliner Verhältnisse eine gewisse Karenzzeit zur Ausführung festgesetzt wird. — Hierzu wird mit allen gegen eine Stimme beschlossen: „Da eine sofortige Verschmelzung der Berliner Filialen zu einer einzigen bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf größere Schwierigkeiten stoßen würde, beschließt der Verbandstag eine Uebergangszeit von einem Jahre für alle in Betracht kommenden Orte und beauftragt die Ortsleitungen, die weiteren Maßnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten. Insbesondere aber ist der Zusammenschluß kleiner Filialen so rasch als möglich zu vollziehen.“ Sodann wird auch die betreffende Vorlage des Vorstandes angenommen.

Die prozentuale Abführung der Beiträge an die Hauptkasse wird zusammen mit den Anträgen zur Sterbe-Unterstützung verhandelt. Nach einer sehr regen Diskussion wird mit großer Mehrheit ein Antrag der Filialen München und Stuttgart angenommen, wonach die Sterbe-Unterstützung beträgt: nach einjähriger Mitgliedschaft 60 M., nach zweijähriger 70 M., nach dreijähriger 80 M. usw. um 10 M. pro Jahr steigend bis zur Höchstsumme von 150 M. nach zehnjähriger Mitgliedschaft. — Für weibliche Mitglieder werden entsprechend den geringeren Beiträgen nur 75 Proz. der genannten Summen als Sterbe-Unterstützung festgesetzt.

Darauf wird die Abführung von 66 2/3 Proz. der Beiträge an die Hauptkasse beschlossen. Außerdem sind die Eintritts- und Delegiertengelder an die Hauptkasse abzuführen.

Bezüglich der Verbandstage wird beschlossen, daß die ordentlichen Verbandstage alle drei Jahre stattfinden sollen. Jeder Wahlbezirk wählt für je 150 zahlende Mitglieder einen Delegierten. Hierauf wird über die Verbandszeitung und sodann über Ende der Verbandszugehörigkeit und Ausschluß v. verhandelt. Hierzu wird beschlossen, daß Mitglieder, welche aus städtischen oder staatlichen Diensten ausschließen, durch Filialbeschluss mit Genehmigung des Vorstandes Mitglied des Verbandes bleiben können, erhalten jedoch, wenn ihnen die Gelegenheit gegeben ist, sich anderweitig zu organisieren, keine Streik- und Genahmeregeln-Unterstützung. — In Bezug auf die Streik- und Genahmeregeln-Unterstützung wird beschlossen: Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Streik- und Genahmeregeln-Unterstützung, nach Maßgabe des jeweilig hierfür geltenden Reglements. — Die neuen Statuten treten mit dem 1. Juli 1903 in Kraft.

Der nächste Punkt der Tagesordnung: Unser soziales Programm v. wird in Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit von der Tagesordnung abgesetzt und dem Referenten Bösch aufgegeben, das Referat in der Vorbandszeitung zu veröffentlichen. Ueber den Gewerkschaftskongress, Generalkommission und Delegation für die zukünftigen Kongresse referiert Bürger-Hamburg. Er empfiehlt u. a. das bisherige Verhältnis zur Generalkommission aufrecht zu erhalten und daß zum Gewerkschaftskongress ein Delegierter vom Verbandsvorstand bestimmt, die anderen durch Urabstimmung gewählt werden sollen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Von Dieckmann-Dresden und anderen Delegierten wird auch die Beschaffung der zukünftigen Bauarbeiterkongresse empfohlen.

Darauf werden die verschiedenen, noch nicht erledigten Anträge beraten und wird zunächst eine Resolution beschlossen, in der die Versammlung den Bestrebungen der Antikristbewegung ihre Sympathie ausdrückt. Außerdem gelangte folgende Resolution von Risse-Magdeburg zur Annahme:

Der Verbandstag spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, daß auch die Gewerbebetriebe-Kasse ein großer Teil der Verursachenden ausgeschlossen sind. Der Verbandstag spricht den dringenden Wunsch aus, daß mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben ist, daß sämtliche in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden. Ferner wird den Filialvorständen zur Pflicht gemacht, Material zu sammeln und dasselbe dem Verbandsvorstande zu überweisen. Derselbe hat es zu seinem und in geeigneter Weise zu verwenden.

Sodann wird beschlossen, daß der Verbands-Ausschuss, der bisher in Berlin seinen Sitz hatte, nach Hamburg verlegt werden soll. — Der Punkt: Festsetzung der Diäten und Beamtengelder zeitigt eine längere Debatte. Hierzu wird einstimmig folgender Antrag des Verbandsvorstandes, der auch von dem Vertreter der Generalkommission Umbreit und den meisten Delegierten befürwortet wird, angenommen: „Bezüglich der Gehälter der befohlenen Verbandsbeamten sind die Beschlüsse des 4. deutschen Gewerkschaftskongresses maßgebend. Die Verbandsbeamten sind ferner gegen Invalidität v. bei der Unterstützungs-Gewerkschaft für die in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten zu versichern und trägt der Verband die Kosten der Versicherung.“

Es werden die Wahlen vorgenommen und Dr. Bösch-Berlin einstimmig als Vorsitzender und G. Schumann-Berlin als Kassierer gewählt. Der Posten des Redaktors bezw. Sekretärs soll ausgeschrieben und die Anstellung durch den Verbandsvorstand gemeinsam mit dem Ausschuss vorgenommen werden. — Es wird dann noch beschlossen, den nächsten Verbandstag in Mainz abzuhalten. — Damit ist die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Hierauf sprechen die Vertreter der dänischen Organisationen Hansen, Christen und Pfeiffer ihren Dank aus. Die Redner hoffen, daß in Zukunft die Arbeiter der beiden Länder, die sich trotz der Verschiedenheit der Sprachen doch verstehen, immer mehr zusammenwachsen, um das Proletariat aus den Fesseln der Armut zu befreien. Pfeiffer gibt außerdem seiner Verwunderung Ausdruck über die außerordentliche Anstrengung der Arbeiter, wie er sie hier beobachtet hat und wie sie in Dänemark doch nicht üblich ist.

Nachdem Bürger-Hamburg und Altvater-Stuttgart namens der Delegierten dem Bureau und den Berliner Kollegen für die gute Leitung der Geschäfte und die Arrangements gedankt, wird die Versammlung vom Vorsitzenden Schubert mit einer längeren Ansprache, in der er namentlich den ausländischen Gästen

und den Vertretern der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion für ihr Erscheinen dankt, mit einem Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung geschlossen. Die Delegierten fingen hierauf die Arbeiter-Marschkäse.

Dritte Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 15. April.

Schumann referierte über die Aufgaben der Gau-Leiter. Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklung der Gaugattung. Es habe sich als notwendig herausgestellt, Gauvorstände zu schaffen, die eine Agitations- und Kontrollkommission für die einzelnen Gauen bilden sollen.

Besoldete Organisationsmänner zunächst in Hannover, Köln, Stuttgart und Nürnberg angestellt werden. Die Generalversammlung müsse die Ermächtigung geben, nach und nach entsprechend den Verhältnissen dem Verbande unabhängige Kräfte zur Verfügung zu stellen.

In der Diskussion kamen die Specialwünsche der einzelnen Bezirke und Orte bezüglich der Agitation zum Ausdruck. Beschlüssen wird: Der Vorstand hat das Gebiet des Deutschen Reiches in Gauen einzuteilen sowie die Gauvorstände zu bestimmen. Die Leitung der agitatorischen sowie sonstigen Verbandstätigkeit wird einem aus 5 Mitgliedern und zwar dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und zwei weiteren bestehenden Gauvorstand übertragen. Der Gauvorsitzende wird vom Vorstand ernannt. Die übrigen Mitglieder werden von der Mitgliedschaft des Gauvorstands gewählt.

Der Centralvorstand wurde beauftragt, in Zukunft Gau-Agitatoren nur dort anzustellen, wo dies unbedingt notwendig ist und nur dann, wenn dies ohne Gefährdung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes und dessen Aufgaben geschehen kann.

Ueber paritätische Arbeitsnachweise sprach Zimmer-Dresden. Redner trat mit aller Energie für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der Arbeitsnachweise der Organisation ein. Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution Annahme:

Die Generalversammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsvermittlung unter Kontrolle der Organisation in eignen Nachweisstellen zu erfolgen hat. Sie verpflichtet den Vorstand, überall da, wo die Möglichkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisen vorhanden ist, die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen und die notwendige finanzielle Beihilfe zu leisten. — Die Generalversammlung erklärt, diesen Standpunkt erst dann zu Gunsten der paritätischen Arbeitsvermittlung aufgeben zu wollen, wenn genügende Garantien dafür geboten werden, daß der Organisation ein bestimmender Einfluß auf die Verwaltung eingeräumt wird und die notwendigen Beamtungskräfte aus den Reihen der organisierten Kollegen genommen werden.

Ueber die Fälligkeit bei Lohnbewegungen referierte Schumann-Berlin. Redner warnt vor Unvorsichtigkeit bei Streiks. Ehe man zum Kampfe übergeht, müssen die Chancen wohlüberwogen werden; vor allen Dingen sei notwendig, daß man nicht mit Leuten in einen Streik trete, die erst kurz vorher der Organisation beigetreten seien. Mindestens einige Monate müßten die Berufscollegen dem Verbandsangehörigen, ehe in eine Lohnbewegung mit ihnen eingetreten wird.

Ohne Diskussion wurde auf Antrag der Statutenberatungskommission beschlossen:

Diejenigen Ortsverwaltungen, welche beabsichtigen, eine Lohnbewegung einzuleiten, haben dem Vorstand mindestens 4 Wochen vorher einen entsprechenden Antrag zugleich mit den event. zu stellenden Forderungen zur Genehmigung zu unterbreiten; die Forderungen dürfen unter keinen Umständen vorher dem oder den Unternehmern überreicht werden. — Bei Abwehrstreiks oder Ausperrungen hat sich der Bevollmächtigte bezw. die Ortsverwaltung oder der Vertrauensmann sofort zu orientieren und binnen 24 Stunden an den Vorstand darüber zu berichten. Im allgemeinen kann die Zustimmung zum Streik nur gegeben werden, wenn die Betriebe einen Vertrauensmann ernannt haben, mindestens die Hälfte der für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten organisiert sind, und vor jedem Streik eine Abstimmung herbeigeführt wird, welche ergeben muß, daß sich mindestens dreiviertel der Beschäftigten für den Streik erklären. In besonderen Fällen und über Ausnahmen entscheidet der Centralvorstand nach vorausgegangener Verständigung mit der betr. Ortsverwaltung.

Ueber das Verhältnis des Verbandes zu den Genossenschaften sprach Schulzki-Berlin. Die Handelsarbeiter seien naturgemäß an den Genossenschaften besonders interessiert. Man müsse vor allen Dingen verlangen, daß die Arbeitsverhältnisse für die Genossenschaftsangehörigen eine dauernde Regelung erfahren. Dies könne nur durch Arbeitsverträge geschehen, welche von der gewerkschaftlichen Organisation mit den Genossenschaften direkt oder deren Vereinigungen geschlossen werden müßten. Redner verurteilte dann noch in scharfer Weise das Vorgehen der Lagerhalter, welche bestrebt seien, eine Organisation der Genossenschaftsangehörigen zu gründen.

Legien gab hierauf eine Erklärung ab, daß die Generalkommission voraussichtlich einem solchen Beginnen nicht ihre Zustimmung geben würde. Eine ähnliche Erklärung gab seitens des Handlungsgehilfen-Verbandes Josefsohn ab. Der Vorsitzende begrüßte hierauf den als Gast erschienenen Geschäftsführer der Groß-einkaufsgesellschaft Lorenz im Namen des Verbandes, dem Wunsch Ausdruck gebend, daß es gelingen werde, zwischen den Genossenschaften und deren Angestellten gebräuchliche Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung erblickt in der Entwicklung und Ausbreitung der genossenschaftlich organisierten Unternehmungen einen Fortschritt auf dem Gebiete der Produktion und des Waren-austausches. Im Gegensatz zu rein kapitalistischen Unternehmungen unterscheiden sich die genannten Betriebe durch ihre demokratische Grundlage. Diese bedingt zugleich eine Regelung des Arbeitsverhältnisses nach modernen genossenschaftlichen Anschauungen und Grundsätzen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit dauernder tariflicher Abmachungen zwischen den in diesen Betrieben thätigen Handels- und Transportarbeitern und den Betriebsleitungen genannter Unternehmungen. Die Generalversammlung beauftragt den Centralvorstand, mit dem Verbands deutscher Konsumvereine, welcher selbst ein Produkt moderner Anschauungen ist, in Verbindung zu treten, um mit diesen gemeinsam das vorher bezeichnete Ziel zu erreichen.

Die Generalversammlung erklärt die Versuche, welche von seitens des Lagerhalter-Verbandes offiziell und inoffiziell unternommen werden, um eine Organisation aller in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Angestellten zu schaffen, als mit dem Geiste moderner Gewerkschafts-Organisationen und den Beschlüssen deutscher Gewerkschaftskongresse unvereinbar. Die Generalversammlung erklärt mit aller Deutlichkeit, daß die in Konsum- und sonstigen genossenschaftlichen Unternehmungen beschäftigten Handels- und Transportarbeiter zum Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands gehören und daher Jersplitterungsveruche jeder Art mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen.

Nunmehr gelangte eine Vorlage des Vorstandes betreffs Regelung der Arbeitsverhältnisse der Verbandsangehörigen zur Beratung. Schulzki-Berlin vertritt diese. Nach kurzer Diskussion wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Danach werden sämtliche Verbandsbeamten einschließlich

der Ortsbeamten vom Centralvorstand auf Grund eines einheitlichen Vertrages angestellt und zwar nach folgenden Grundsätzen: Alle Verbandsbeamte ausschließlich der angestellten Kassierer erhalten Anfangsgehälter von 1800 Mark, die jährlich um 60 Mark bis zur Höchstgrenze von 2400 Mark steigen. Das Gehalt der Kassierer beträgt 1650—2250 M. Bevollmächtigte, Gau-bevollmächtigte, Geschäftsführer und Redakteur erhalten jährlich je 150 M., der Verbandsvorsitzende 250 M. als besondere Vergütung, die Kassierer Monatslohn von 1/2—1 pro Mille. — Die Beamten haben eine Kündigungsfrist von 3 Monaten, sie erhalten jährlich 14 Tage Urlaub, werden bei der Unterstützungsvereinigung versichert, wozu der Verband die Hälfte der Beiträge leistet. Die Entschädigung nichtangestellter Ortsbeamten bleibt dem Centralvorstand überlassen.

Ueber die rechtliche Stellung der Straßenbahner referierte Rathmann-Berlin. Seine Ausführungen erfolgten im Sinne nachstehender Resolution, die nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme fand.

Die Generalversammlung erklärt das Eingreifen des Verbandes, die rechtliche Stellung der Straßenbahner zu sichern, als eine unbedingte Notwendigkeit. Die Generalversammlung giebt ihre Zustimmung zu den bisherigen Maßnahmen und erklärt sich speziell mit der auf dem 4. deutschen Gewerkschaftskongress angenommenen Resolution einverstanden, welche fordert, daß seitens der gesetzgebenden Körperschaften Bestimmungen zu treffen sind, in denen klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Straßenbahngestellten der Gewerbe-Ordnung unterliegen.

Die Stellung der Straßenbahner unter die Gewerbe-Ordnung ist mit allem Nachdruck zu verlangen und drückt die Generalversammlung ihre hohe Befriedigung darüber aus, daß die deutsche Arbeiterschaft, die durch den deutschen Gewerkschaftskongress repräsentiert wird, denselben Standpunkt vertreten hat. Um in geeigneter Weise auf die gesetzgebenden Faktoren einzuwirken und allen außerhalb des Centralverbandes in Isolen und sonstigen Vereinigungen zusammengeschlossenen Straßenbahn-Angestellten die Möglichkeit zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Centralvorstand, zur geeigneten Zeit einen Kongress aller in Straßenbahn- und ähnlichen Betrieben beschäftigten Personen einzuberufen.

Ueber die Erhebungen im Transportgewerbe sprach Hempel-Hamburg. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung konstatiert mit Beugung, daß den Wünschen des zweiten Verbandskongresses zu Nürnberg von Seiten der Regierung durch die veranfaltete Erhebung im Transportgewerbe Rechnung getragen ist und giebt sich der Hoffnung hin, daß den in nachstehender Resolution festgelegten Forderungen Beachtung geschenkt wird.

Durch die statistischen Erhebungen, welche notwendigerweise seitens des Verbandes, zur Kontrolle der angestellten Erhebungen, im vorigen Jahre im privaten Transport- und Fuhrgewerbe veranfaltet worden sind, ist festgestellt, daß eine fünfzehnstündige Arbeitszeit vorhanden ist.

Diese Feststellungen sind Beweis dafür, daß die Lage der hier in Betracht kommenden Berufsangehörigen eine überaus traurige, Gesundheits- und Familienleben schwer schädigende ist.

Da es Aufgabe der Organisation ist, die Interessen aller Berufsangehörigen, infolgedessen auch die der vorgenannten Berufs-zweige, zu vertreten, erachtet es die Generalversammlung als ihre Pflicht, an die maßgebenden Stellen im Reiche heranzutreten und die Schaffung bestimmter schutzgesetzlicher Bestimmungen zu verlangen. 1. Die Schaffung eines Normal-Arbeitslages von zehn Stunden. 2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen. 3. Schaffung von Schutzvorschriften, welche geeignet sind, Leben und Gesundheit der Berufsangehörigen zu sichern. 4. Erlaß von Vorschriften, durch welche den Unternehmern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete Aufsicht- und Unfallversicherung Sorge zu tragen. 5. Erlaß von Bestimmungen, durch welche für die in Kost und Logis stehenden Berufsangehörigen das Schlafen in Stallungen verboten wird.

Um diesen Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen, und allen außerhalb des Centralverbandes in Isolen Berufsangehörigen z. zusammengeschlossenen Berufsangehörigen die Möglichkeit einer Aussprache zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Centralvorstand, zur geeigneten Zeit einen Kongress aller im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen einzuberufen.

Beschlossen wurde ferner, die Regierung aufzufordern, Inspektoren zur Ueberwachung der Betriebe im Handels- und Transportgewerbe einzusetzen.

Nunmehr erfolgte die Wahl der Verbandsfunktionäre für die nächsten zwei Jahre. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Schumann, zweiter Vorsitzender Altholdt, Kassierer Kahler, Sekretär Schulzki, als Redakteur Dreher. Als Vorsitzender der Prehkommission wird Bauerfeldt in Nürnberg, als Ausschussvorsitzender Lädicke-Magdeburg gewählt. Die nächste Generalversammlung findet nach zwei Jahren in Mainz statt.

Verbandstag der Schmiede.

Halle a. S., 15. April.

In der heutigen nahezu 13stündigen Sitzung wurde die Generalversammlung zu Ende geführt. Mehrere von den 32 Delegierten, die gestern gegen die Einführung der Krankenunterstützung gestimmt haben, erklärten, daß sie nicht prinzipielle Gegner der Einführung jenes Unterstützungsweiges wären, sondern daß sie nur gegen die sofortige Einführung gestimmt hätten. Dem Vorschlage, ein bis zwei besoldete Gauvorsitzer anzustellen, wurde zugestimmt. — Mit den Beschlüssen des vierten Gewerkschaftskongresses erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Es wurden dann die Statuten und Anträge beraten. Die wichtigsten Beiträge wurden für männliche Mitglieder von 25 auf 30 und für weibliche von 15 auf 20 Pf., bezuglichen wurde die Streikunterstützung erhöht. Die besoldeten Beamten des Verbandes sind verpflichtet, sich der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten anzuschließen und der Verband zahlt die Hälfte der Beiträge. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Kiel und der der Prehkommission in Berlin. Die Generalversammlung soll von jetzt ab nur alle drei Jahre — früher zwei Jahre — und zwar in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden.

Ein Antrag, statistisches Material zu sammeln, um damit die deutsche Reichsregierung zu ersuchen, behördlicherseits eine Enquete über die Lage der Belegsche und Gehilfen im Schmiedgewerbe auf dem platten Lande zu veranlassen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Auf Grund der Ergebnisse soll die Regierung erlaßt werden, zur Beseitigung der vorhandenen Missethände eine bundesrätliche Verordnung zu erlassen.

In der Abendsitzung wurden die früheren Verwaltungsbeamten sämtlich einstimmig wiedergewählt, und zwar Lange als 1., Schrader als 2. Vorsitzender und Schreiber als Kassierer und Redakteur. Nach 1/2 Uhr nahm der Vorsitzende Lange das Schlusswort, um die Delegierten, die teils zur Arbeit schon bereit standen, nochmals zur thätigsten Agitation für den Verband aufzufordern. Aber nicht Hoff in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung möchten die Schmiede ihre Schuldigkeit thun. Auch sie sollten dafür sorgen, daß der 16. Juni, der Tag der kommenden Reichstagswahl, ein Siegstag für die deutsche Arbeiterschaft werden möge. Mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen. Nach dem gemeinschaftlichen Gesange der Arbeitermarschkäse verabschiedeten sich die Delegierten.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Sattler.

Kassel, 13. April.

An der heutigen Verhandlung nahm auch der Vorsitzende des Tapeziererverbandes teil. Die Versammlung beschloß zunächst ein gemeinsames Agitieren mit den Tapezieren an solchen Orten, wo noch eine nähere Verbindung zwischen den beiden Berufen besteht. Wenn Unzügen von einem Ort in einen andern, wo nur eine Organisation des andern Berufes besteht, soll der Uebertritt mit vollen Rechten ermöglicht werden. Der Centralvorstand wurde beauftragt, das Nähere mit dem Tapeziererverband zu vereinbaren.

Die bestehenden Verträge mit den Organisationen des Auslandes, die sich bisher nur auf den Uebertritt von einer Organisation zur andern und auf die gegenwärtige Unterstützung der reisenden Mitglieder bezogen, sollen auch auf die Unterstützung bei Streiks ausgedehnt werden. Ferner soll der Vorstand einer Landesorganisation als internationale Centralstelle bestimmt werden. Den hierzu vorliegenden Anträgen stimmte die Generalversammlung und auch die anwesenden Vertreter der ausländischen Organisationen zu.

In Bezug auf die Neuorganisation der Agitation wurde beschlossen, die jetzigen Agitationskomitees aufzuheben und dafür die Gauseinrichtung einzuführen. Die zu ernennenden Gauleiter sollen eine monatliche Entschädigung von 10 M. erhalten. Wie viele Gause einzurichten sind, bleibt dem Vorstand überlassen.

Das von der gewählten Kommission ausgearbeitete Regulative für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung wurde angenommen. Die Hauptbestimmungen sind folgende:

Der Beitrag wird von 25 Pf. auf 40 Pf. erhöht, weibliche Mitglieder haben 25 Pf. zu zahlen. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. Juli 1903 in Kraft, die Unterstützung wird vom 1. Juli 1904 an gewährt. Arbeitslosen-Unterstützung erhält, wer mindestens ein Jahr, Krankenunterstützung wer mindestens drei Jahre Mitglied ist. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zusammen kann nur für 42 Tage im Jahre bezogen werden. Die Unterstützung wird vom 7. Tage an bezahlt und beträgt pro Tag 1 M. Die Reise-Unterstützung wird mit der Arbeitslosen-Unterstützung organisch verbunden, doch soll, um eine längere Unterstützungsdauer zu schaffen, an reisende Mitglieder 2 Pf. Kilometergeld bis zum Höchstbetrage von 75 Pf. pro Tag gezahlt werden.

Bei den Statutenberatungen werden folgende hauptsächlich Venderungen vorgenommen:

Zur Verringerung der örtlichen Ausgaben bleibt den Verwaltungsstellen 1/4 der Beiträge. Bei künftigen Generalversammlungen sollen statt wie bisher auf 75 auf 100 bis 125 zahlende Mitglieder ein Delegierter kommen.

In Bezug auf Statistik wird beschlossen, im kommenden Jahre periodische Arbeitszählungen vorzunehmen, und zwar an 7 verschiedenen Terminen. Ferner sollen allgemeine Statistiken aufgenommen werden. Die Arbeitsnachweise sollen so viel wie möglich ausgebaut werden. Zum Punkt Tarifgemeinschaften wird folgende Resolution angenommen:

Soweit sich in unserem Berufe Gelegenheit bietet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern abzuschließen, sind solche anzustreben. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen, wir betrachten es als Aufgabe der Verhandlung resp. der Verwaltung der einzelnen Filialen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der in unserem Beruf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausarten können.

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge kein Aufgeben des gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne eine solche Organisation solche Vereinbarungen keinen Rückhalt haben.

Das alte Schmerzenskind der Sattler, die Lage der Militärsattler und das Verhalten der Behörden bei Verweigerung der Arbeit, wurde in einem besonderen Referate behandelt. Hierzu wurde in einer Resolution das Verhalten der Behörden aufs schärfste getadelt, ebenso die Interesslosigkeit der bürgerlichen Reichstags-Abgeordneten den berechtigten Wünschen der Sattler gegenüber; dagegen wurde der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, vor allem dem Abgeordneten Jüdel, der beste Dank ausgesprochen. Es wurde betont, daß das verächtliche Verhalten der einzelnen Parteien den Sattlern von selbst zeigen müsse, wenn sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Stimme zu geben haben.

In einer Resolution wird beschlossen, den Kampf gegen die Heimarbeit mit allen Kräften aufzunehmen, auch dadurch, daß man versucht, die Heimarbeiter so viel wie möglich in die Organisationen hineinzuholen.

Gegen den neuen Zolltarif, der die Tischlerei und Treibriemenfabrikation in besonderer Maße schädigt, einmal, weil er die Rohmaterialien verteuert, dann weil er den Export erschwert, wurde in scharfer Weise Stellung genommen.

Bei der Wahl der Verbandsleitung wird Sassenbach zum unbesoldeten Vorsitzenden wiedergewählt. Das Gehalt des Verbandssekretärs, der auch die Geschäfte des Redakteurs und Hauptassistenten zu besorgen hat, wird, nachdem ein Antrag auf 2000 M. abgelehnt wurde, auf 1800 M. mit einer Steigerung um 50 M. pro Jahr festgelegt. Die Hälfte der Beiträge zur Unterstützungs-Vereinigung der Gewerkschaftsbeamten wird auf die Verbandskasse übernommen. Als Verbandssekretär wird der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Peter Blum, gewählt.

Die beantragte Verlegung des Ausschusses von Berlin wird abgelehnt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Hadelbusch bestimmt.

Die Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen der befreundeten Organisationen wird dem Vorstand und Ausschuss übertragen, dagegen soll der Delegierte zum Gewerkschaftsartikeln nach wie vor von den Mitgliedern gewählt werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt, abends 9 1/2 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Vergolder und verwandter Gewerbe.

München, den 15. April.

Die Beratungen über die Anträge zur Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung werden fortgesetzt. Es wird einem Antrage München gemäß beschlossen, die Reise-Unterstützung wie folgt zu normieren: bei 26 Wochen Mitgliedschaft Höchstbetrag 10 M., bei 52 Wochen Mitgliedschaft Höchstbetrag 20 M., bei 102 Wochen Mitgliedschaft Höchstbetrag 40 M., bei 156 Wochen Mitgliedschaft Höchstbetrag 50 M.

Die Beschlußfassung über die Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung ergibt die Annahme der bereits gestern mitgeteilten Sätze für männliche Mitglieder. Für weibliche Mitglieder werden die Unterstützungssätze wie folgt normiert: nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen 6 M., 104 Wochen 7,50 M., 156 Wochen 9 M. pro Woche.

Im Zusammenhang mit der Unterstützung kann nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft bis zum Höchstbetrage von 30 M. gewährt werden. Bei Aussperrung oder Streik kann der Hauptvorstand verheirateten Mitgliedern auch höhere Unterstützung gewähren. — Bei Todesfällen von Mitgliedern oder deren Ehefrauen wird nach mindestens dreijähriger Mitgliedschaft eine Unterstützung im Betrage von 30 M. bewilligt. Die Höhe der Unterstützung in besonderen Fällen sollen die Lokalverbände zu bestimmen. Das Statut tritt am 1. Juli 1903 in Kraft, die Bestimmungen über die Arbeitslosen-Unterstützung am 1. Juli 1904. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Es folgt die Beratung der zum Punkt Streiks vorliegenden Anträge. Schnorre-Verein begründet nachstehende Resolution: Wehr wie bisher fordert die Generalversammlung die Verbandsmitglieder auf, für die Abschaffung der Accordarbeit einzutreten und für Einführung der Lohnarbeit ihre ganze Kraft einzusetzen. Dagegen fordert die Generalversammlung die Filialen auf,

dahin zu wirken, daß überall Schiedsgerichte eingesetzt werden, welche verhindern sollen, daß weitere Preisdrückereien in der Accordarbeit stattfinden.

Zu der Diskussion wurde auf die Schwierigkeit der Beseitigung der Accordarbeit, namentlich in der Leistenbranche, eingehend hingewiesen, da dieselbe hier zu fest eingewurzelt sei.

Die Resolution gelangt nach einer zündenden Ansprache des Vorsitzenden Späthe zur einstimmigen Annahme.

Neunter Internationaler Kongreß gegen den Alkoholismus.

Bremen, 15. April.

Nach den diversen Begrüßungsreden sprach Dr. phil. Bergmann (Stockholm) über: Die moderne Kultur und der Kampf gegen den Alkohol. Die Ausführungen des Redners gliederten in folgenden Lehrsätzen: 1. Der Alkoholismus als internationales Volksübel ist eine Erscheinung der modernen Kultur; ältere Zeiten haben ihn nur sporadisch gekannt. 2. Es ist deshalb ein Problem unserer modernen Zeit, durch die Entfernung desselben die Kultur zu heben. Jeder Hinweis auf ältere Zeiten und die stattliche Zahl der hingestiegenen Genies, die Alkohol genossen haben und keine Abstinenten gewesen sind, ist verfehlt; sie lebten in Zeiten, denen nicht dieselben Gefahren und sozialen Probleme gesetzt waren wie der unsrigen. 3. So lange der Alkohol nur sporadisch als ein soziales Degenerationsmittel auftrat, war der Kampf gegen denselben mit Ermahnungen zur Mäßigkeit erklärlich; aber in unserer Zeit, wo durch mehrere Ursachen (Produktionsmethoden-Veränderungen, Erleichterung der Verkehrsverhältnisse, großstädtische Entwicklung, steigende Anzahl unverheirateter, heimatloser Männer usw.) die Konsumtion sich in eine tägliche und allgemeine gesteigert hat, muß eine radikale Reaktion gegen die kulturverderbenden Trinksitten, nicht nur gegen die sogenannte Trunksucht, inszeniert werden. 4. In der Geschichte der Bewegung hat sich diese radikale Methode, die der Abstinenz, vollständig bewährt, wie die Beispiele aus Skandinavien und den anglosächsischen Ländern zeigen. 5. Wenn jedoch der Alkohol dem normalen Menschen etwas Gutes wäre (mäßig genossen), so wären allerdings diese Grundzüge, aus Menschenliebe etwas aufzuopfern, eine Form des Asketismus. Aber nun ist der Alkohol — wie wissenschaftlich und experimentell dargelegt ist — auch in den mäßigsten Dosen keinesfalls etwas Gutes zu nennen, niemand verliert etwas durch die Abstinenz. — Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zukünftige Generation sich nicht am Alkohol, sondern an Idealen, an edlen Bestrebungen und nicht zuletzt an der Poesie und schönen Künste berauschen werde. (Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. med. Sneyre-Prag sprach danach über Körperverhärtungen und Alkoholismus.

Der Redner wandte sich wiederholt gegen die volle Abstinenz. Wenn ein Vegetarier einen Dauerlauf gut aushalten kann, so kann man doch nicht sagen: Nichtvegetarier können einen solchen Dauerlauf nicht aushalten. Es ist vollständig falsch, den Alkohol als Gift zu bezeichnen, der keinerlei Nährwert habe. Alkohol hat denselben Nährwert wie Fett und Kohlehydrate. Es kommt allerdings sehr wesentlich auf die Verhältnisse an, unter denen man Alkohol genießt. Als Nahrungsmittel ist der Alkohol jedenfalls sehr minderwertig. Hierbei kommt noch das störende und gesundheitliche Moment in Frage. Die Thätigkeit wird zweifellos durch den Alkoholgenuss geschwächt. Turnen und Sportleistungen aller Art ist der Alkoholgenuss aufs strengste zu widerraten.

Nachmittags sprach Dr. med. Legrain-Paris, Oberarzt in der Irrenanstalt "Evard", Präsident der Union française anti-alcoolique, in französischer Sprache über Alkoholismus und Tuberkulose.

Der Redner führte aus: Der Alkohol prädisponiert das Individuum zur Tuberkulose durch die lähmende und ersäufende Wirkung, die er auf das Zellprotoplasma ausübt, welches dadurch in seiner Widerstandsfähigkeit gegen das Eindringen der Parasiten geschwächt wird. Er prädisponiert, indem er alle Verteidigungsmittel des Organismus zerstört, besonders indem er die Gesundheit des Nervensystems angreift, für welches er ein andererseits Gift ist. Er bringt Störungen des allgemeinen Ernährungszustandes mit sich (Anorexie, unregelmäßige und ungenügende Ernährung, Anorexie, Dystrophie). Indem er angeborene Schwächezustände hervorruft, prädisponiert er die Alkoholiker zur Tuberkulose der Kinderzeit. Diese ist viel häufiger als die angeborene Tuberkulose, deren thätigstes Vorkommen sogar bestritten wird. Indem er endlich auf den schon von der Tuberkulose befallenen Organismus weiterhin einwirkt, verschlimmert der Alkohol diese Infektion und beschleunigt deren Entwicklung. Er verhindert die Heilung der Krankheit, die an sich immer möglich ist. Der Alkohol prädisponiert den Menschen social zur Tuberkulose, indem er bei ihm jeden moralischen Rückhalt, jedes moralische Ideal und das Bewußtsein seiner wahren Bedürfnisse zerstört. Der Alkoholiker verachtet weder zu essen, noch sich zu kleiden, noch sich eine passende Wohnung zu suchen, noch seinem Leben eine mit der Ethik im Einklang stehende Haltung zu geben. Demgemäß sind auf socialen Gebiete nicht die Ansteckungsträger (Bacillen) die wahren Ursachen der Tuberkulose, sondern alle diejenigen Faktoren, welche geeignet sind, die Macht dieser Bacillen zu steigern und deren Giftigkeit zur vollen Wirkung zu bringen (schwere Krankheiten, Exzesse, Säufererei, unnütze Ermüdung, Ueberanstrengung, physisches, moralisches und pelumäres Elend, Mangel an Hygiene), lauter Ursachen, die größtenteils direkt aus dem gewohnheitsmäßig betriebenen Alkoholmißbrauch hervorgehen. Durch Heilung einiger Tuberkulose bringt man die Tuberkulose nicht zum Verschwinden, so wenig wie man die Trunksucht aus der Welt schafft und die Trinksitten bessert, wenn man einige Trinker heilt. Unter allen Umständen sollten die bestehenden und kommenden Sanatorien Mittelpunkt für anti-alcoholische Erziehung durch Lehre und Beispiel sein. Die Behandlung der Tuberkulosen in diesen Anstalten muß eine methodische, fortwährende und vernünftige Erziehung zur Praxis der Abstinenz umfassen.

Dr. med. Strube-Bremen stimmt Herrn Dr. Legrain im großen und ganzen bei, die Bekämpfung des Alkoholismus sei aber nur ein von den vielen Mitteln, mittels deren die Tuberkulose zu bekämpfen sei.

Nachdem noch eine Anzahl Redner teils im Sinne des Referenten, teils in dem des ersten Diskussionsredners gesprochen, nimmt das Wort

Dr. med. Fröhlich-Wien: Es ist nicht zu bestreiten, daß der Alkoholismus vielfach die Ursache der socialen Verelendung ist und auch oftmals zur Erhöhung des socialen Elends beiträgt. Aber vielfach sind die socialen Verelendung, die schlechten Wohnungen, die schlechte Ernährung usw. die Ursache der Trunksucht. Wenn man daher den Alkoholismus an der Wurzel austrotten will, dann ist es erforderlich, die sociale Verelendung zu beseitigen, deshalb ist es notwendig, die Arbeiter in ihren Bestrebungen zu unterstützen, die den Zweck haben, ihre Lebenslage zu verbessern. (Lebhafter Beifall.) Wir Anti-Alkoholisten müssen die Bestrebungen der Arbeiter unterstützen, die zum Zweck haben, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Bildung usw. zu erreichen. Nicht Wohlthaten von oben können den Arbeitern helfen, wir müssen die Arbeiter unterstützen, damit sie in der Lage sind, sich aus eigener Kraft eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. (Lärm. Rufe: Es ist hier keine politische Versammlung.) — Vorsitzender Dr. Delbrück: Ich bin der Meinung, ich kann auch bei diesem Redner die Grenze nicht zu scharf ziehen. (Beifall und Widerspruch.) — Dr. Fröhlich: Wir Kerne wissen doch sehr genau, daß von 100 ärztlichen Ordinationen kaum 10 befolgt werden, weil das Volk zu arm ist. (Admiral Thomsen ruft: Wenn Sie eine politische Versammlung abhalten wollen, dann erlauben Sie wohl, daß ich den Saal verlasse. (Große Unruhe. Admiral Thomsen verläßt den Saal.) Dr. Fröhlich: Wenn

man erwägt, daß in Wien in einer Schule von 40 Kindern 27 niemals ein Bett gesehen haben, dann wird man doch zugeben müssen, daß wenn man den Alkoholismus austrotten will, man in erster Reihe der Verelendung des Volkes steuern muß. Wir Hygieniker, die da wissen, was Keuschheit, gute Wohnung, gute Ernährung für die Volksgesundheit bedeutet, sind verpflichtet, für die Erfüllung der socialen Forderungen der Arbeiter einzutreten. Das Eintreten für die Erfüllung der socialen Forderungen ist eine hygienische Aufgabe. (Beifälliger Beifall.)

Dr. Legrain-Paris: Er wolle dem Redner nicht auf das sociale Gebiet folgen, er stimme demselben aber bei, daß die sociale Verelendung oftmals die Ursache des Alkoholismus sei. (Beifall.)

Dr. med. Alfred Blöth-Berlin sprach danach über „Der Alkohol im Lebensprozeß der Rasse“. Der Redner führte etwa aus: Innerhalb einer Rasse hat ein Alkoholismus, bei dem alle individuellen Grade gleichzeitig vertreten sind, die Tendenz, die Geburtenziffer in einem geringen Maße herabzusetzen und die Sterbeziffer in einem höheren Maße zu steigern, also die Geburtenüberschüsse zu vermindern. Er bewirkt eine Vermehrung der inneren Reibung im Lebensprozeß der Rasse, die sich zeigt in Verminderung der Arbeitsleistung, in Vermehrung der Verbrechen, der geistigen, und körperlichen Krankheiten, der Unfälle, der frühzeitigen Invalidität, zc. Er schädigt durch alle diese Momente die Spannkraft der Rasse, nach außen im Kampf ums Dasein mit anderen Rassen. Rassenhygienisch muß somit vor allem eine Beseitigung des mittelwichtigen Trinken erstrebt werden, in zweiter Linie dann auch die des unmäßigen.

Nachdem noch Dr. med. Mübin-Berlin einen längeren Vortrag über den Alkohol im Lebensprozeß der Rasse gehalten, wurde beschlossen: die Besprechung hierüber auf morgen zu vertagen.

Der Vorsitzende Dr. med. Delbrück-Bremen bemerkte: Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß ich eine politische Rede zugelassen habe. Herr Dr. Fröhlich hat ausdrücklich erklärt, daß es ihm ferngelegen habe, eine politische Rede zu halten. Er stehe auf dem Standpunkt seines Schlußsatzes: „Die Erfüllung der socialen Forderungen sei eine hygienische Aufgabe.“ Ich stehe jedenfalls über dem Verdacht, eine politische Partei irgendwie zu bevorzugen. Ich muß jedoch an alle Kongreßmitglieder die dringende Bitte stellen, die Grenzlinie des Kongresses nicht zu überschreiten und mich in der Innehaltung dieser Grenzlinie nach Möglichkeit zu unterstützen. (Beifall.)

Sociales.

Ueber das Existenzminimum in Berlin erfährt man näheres aus einer Bekanntmachung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten im „Reichs-Anzeiger“. Die betreffende Bekanntmachung kündigt an, daß in der königlichen Lehrerbildungsanstalt zu Berlin im Oktober ein neuer Kursus eröffnet werde. In derselben heißt es dann an einer Stelle:

„Zugleich sind die Bewerber ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die persönlichen Reisekosten nach und von Berlin von ihnen mit in Rechnung gezogen werden müssen, und daß 120 M. bei den gesteigerten Wohnungs- und Nahrungspreisen in Berlin auch bei großer Sparsamkeit kaum mehr für einen Monat ausreichen.“

Durch Konstatierung dieser Thatsache hat sich das preussische Kultusministerium ein Verdienst erworben, das geeignet ist, uns manches vergessen zu lassen, was wir bisher an dieser Behörde auszufügen hatten. Nur bleibe man nicht dabei stehen! Der Erlaß soll zur Kenntnis sämtlicher Provinzial-Schulkollegien gebracht werden. Das ist offenbar unzureichend. Wir halten es für absolut notwendig, daß das Kultusministerium die von ihm erkannte Thatsache vor allen Dingen allen Staats- und städtischen Behörden in Berlin mitteilt, welche Angestellte irgend welcher Art beschäftigen, die für ihre Arbeit unter dem angegebenen Existenzminimum bezahlt werden. Aber auch alle Berliner Arbeiter haben Ursache, sich für ihre Lohnkämpfe die Bekanntmachung des preussischen Kultusministeriums in Nr. 88 des „Reichs-Anzeiger“ zu merken, die vom 27. März 1903 datiert ist und in der es heißt, „daß 120 Mark bei den gesteigerten Wohnungs- und Nahrungspreisen in Berlin auch bei großer Sparsamkeit kaum mehr für einen Monat ausreichen!“

Eine neue Verordnung des Bundesrats über die Bleifarben- und Bleizuckerfabriken.

steht nach der „Socialen Praxis“ bevor. Am 1. Mai d. J. erläßt die Galtigkeit eines Teiles der für den Betrieb und die Einrichtung von Bleifarben- und Bleizuckerfabriken bisher gültigen Vorschriften. Dem Bundesrat ist daher ein neuer Entwurf dieser Vorschriften zugegangen.

Nicht nur die Bleifarben- und Bleizuckerfabriken fallen in Zukunft unter die Bestimmungen, sondern alle Anlagen, in denen Bleifarben und Bleizucker hergestellt werden. Ausgeschlossen sind leider diejenigen Betriebe, in denen das Mischen von Bleifarben oder ihr Anreiben mit Del im Nebenbetriebe geschieht. Die Anordnungen sollen auch nicht für alle in den in Betracht kommenden Anlagen beschäftigten Arbeiter gelten, sondern nur für diejenigen, welche mit bleiigen oder bleihaltigen Stoffen in Berührung kommen resp. Bleidunst oder Bleistaub einatmen.

Die Maßnahmen teilen sich in drei Teile: einmal das Verbot der Arbeit für bestimmte Arbeiterkategorien, dann die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit und schließlich rein hygienische Vorkehrungen.

Das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern an sich ist im wesentlichen dasselbe geblieben. Dazu kommt aber das Verbot der Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren beim Baden trockener bleihaltiger Substanzen, sofern das Eintreten von Staub nicht vermieden wird, und beim Einleichen und Entleeren der Oxydierkammern. Für letztere Arbeit ist auch die Verwendung von Gelegenheitsarbeitern untersagt. — Der Maximal-Arbeitszeit ist von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt; den achtstündigen Arbeitstag hat man nur für die Arbeit in den Oxydationskammern und bei den staubverregenden trockenen Abfällen festgelegt. Die Arbeit in den Oxydierkammern muß außerdem nach je zweistündiger Dauer immer von einer einstündigen Pause unterbrochen werden. — Die Unternehmung der Arbeiter soll zweimal monatlich statt bisher einmal stattfinden. Außerdem sind noch eine Reihe von hygienischen Maßnahmen für die Betriebe vorgelesen.

Völlig beseitigen werden sich die entseflichen Folgen des Umganges mit Bleiweiß durch diese Vorschriften wohl kaum lassen. Es bleibt auch hier nichts andres übrig, als wie in den Zündholzfabriken die Technik durch gesetzgeberische Maßnahmen zum Erlaß des Bleiweiß durch andre Stoffe zu zwingen.

Vermischtes.

Aufregender Fund in Konig. Ueber einen eigentümlichen Fund in Konig berichtet, nach einer Drahtmeldung, die „Ostdeutsche Tageszeitung“. Heute vormittag wurden im Abort der städtischen Volksschule zu Konig eine Anzahl menschlicher Knochen, darunter ein Schienbein, gefunden. Näheres ist noch nicht bekannt. In der Stadt soll Erregung herrschen, da man den Fund mit der Ermordung Winters zusammenbringt.

Der „Staatsbürger-Zeitung“ geht nachfolgende Privatmeldung zu: Konig, 16. April. Heute vormittag 11 Uhr fanden Arbeiter beim Andräumen der Grube des städtischen Schulhauses einen Oberschenkelknochen mit Wirbel, Schienbein mit kleinen Knochen, zwei Armknochen. Die Knochen wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Es sollen die noch fehlenden Winters sein. Die Aufregung ist groß.

Eine peinliche Geschichte. In Nr. 85 des „Ludwigshafener General-Anzeiger“ vom 11. April erläßt das katholische Stadtpfarramt

zur H. Dreifaltigkeit in Ludwigshafen folgende Erklärung: Um allem möglichen Gerede vorzubeugen, giebt das unterfertigte Pfarramt die Erklärung ab, daß am Dienstagabend nach Beendigung des Abendvortrages infolge eines verfrühten Abchlusses der Kirchenführer durch den Kirchenführer der hier in der Seelsorge ausführende Herr Kaplan Wilhelm Hafen aus Germerheim mit einer bei ihm beichtenden Frau in der Kirche eingeschlossen wurde, so daß er sich nicht anders als durch Anziehen und Anschlagelassen einer Glöde aus seiner unfreiwilligen Zwangslage befreien konnte. — Es scheint demnach, daß die unfrommen Seelen von Ludwigshafen bereits allerlei mäßig geredet haben.

Ein Aprilscherz. Die „Karodni Listy“ melden, wird die Staatsanwaltschaft in Prag gegen die „Prager Zeitung“, die derartige Angaben über vulkanische Erscheinungen am Spitzberge bei Prag brachte, daß die dortige Bevölkerung in die höchste Aufregung versetzt wurde, hinterdrein aber das Ganze, trotzdem auch die Behörden in die Angaben einbezogen wurden, als Aprilscherz bezeichnete, die straf-

gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte einleiteten. Der „Vorwärts“ hatte, wie erinnerlich, die sensationelle Nachricht fogleich als mutmaßlichen Aprilscherz aufgefäht.

Ein Riesen-Petroleumbrand. New York, 15. April. Nach einem Telegramm aus Beaumont (Texas) sind in dem Petroleumgebiet von Spindleton 256 Bohrtürme durch Feuer vernichtet worden. 200 derselben waren in Betrieb. Der Schaden soll sich auf zehn Millionen Dollar belaufen.

Ein Mord aus Eifersucht. Braunschweig, 16. April. Im benachbarten Zwerdorf erstach, den „Dr. R. R.“ zufolge, der Anwalt Gehrmann den Anwalt Bolter nach einem Trinkgelage. Das Motiv der That ist Eifersucht; der Mörder ist verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Greifswalderstraße. Die Arbeit an diesem Tage ist selbstverständlich nicht gestattet.
D. v. B. 1. Rein. 2. Rein. 3. Rein!

Magistrate. Wenden Sie sich um Auskunft an die Redaktion des „Electrotechnischen Anzeiger“, Berlin W. 35, Rigastr. 6.

Juristischer Teil.

Die inrichtige Ehrsache findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
Goldschm. 26. Der in letzter Instanz unterliegende Teil hat sämtliche Kosten, auch die des Gegenanwalts, zu tragen. An Anwaltskosten sind aber nur die tarifmäßigen, nicht die darüber hinausgehenden vereinbart, zu zahlen. Stellen Sie unter ausführlicher Darlegung, was die Zeugen bezeugen sollen, den Antrag auf Freigebung an das Gericht oder — befehlen Sie sich einen Verteidiger. — W. C. 133. Alle Verträge, die zu dem Zweck abgeschlossen werden, dem Gläubiger die Vollstreckung unmöglich zu machen, sind ungültig, auch dann Bestrafung eintritt. — **Gummel.** Die Klage geht weiter; im nächsten Termin wird Beweis beschlössen. — **St. 12.** Der Lohn ist zu zahlen: § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — **Otto 7 Fichten.** 1. Fichtenwald, Pantow, Florastr. 36, 2. Stadthagen. — **W. S. 17.** 1. Die Ablehnung der Aufnahme entspricht dem Gesetz. Sie können aber eine definitive Entscheidung, die für Sie günstig ausfallen kann, durch Eingabe an das Reichs-Versicherungsamt erhalten. 2. Schlichtes ist über die von Ihnen genannte Gesellschaft nicht bekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 17. April.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Cyberhaus. Die Reisterfinger von Nürnberg. 7 Uhr.
Schauspielhaus. König Laurin.
Deutsches. Roma Parva.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Leitung. Geipenker.
Kenes. Pökel und Melisande.
Reichens. Lull.
Westen. Der Rigmurbaron.
Central. Clo-Clo.
Thalia. Der Besamengengel.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die guten Freunde.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.)
Der ledige Hof.
Belle-Alliance. Pökel und Melisande.
Carl Weiss. Der liebe Gebot.
Pantes. Die un'lehre Freit.
Hockenjos.
Lilien. Die Waife von Lowood.
Aleines. Nachtschl.
Trianon. Die Hofbrücke.
Casino. Eternos. Fröhchen und Pieschen. Specialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Apollo. Der Gefinbeball. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Steiner Säng.
Variete-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Palast. Die neueste Richtung. Specialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Central-Theater

Walspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft. Vorletzte Woche!
Täglich, abends 7^{1/2} Uhr:
Clo-Clo.
Vaudeville in 4 Bildern v. F. Bagin.
Sonntagnachm. 3 Uhr, halbe Preise:
In erster Besetzung!
Gräfin Papi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Abends 7^{1/2} Uhr: **Clo-Clo.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7^{1/2} Uhr.
Der Posaunen-Engel.
Anstellungshilfe mit Ges. und Tanz.
Tanzparodien. Artisten-Revue.
Thiischer als Spreewälder Amme.
Sonntagnachm. 3^{1/2} Uhr: **Charles Zante.**

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Waife von Lowood.
Sonnabend: Der Raub der Sabinerinnen.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Waife von Lowood.
Sonnabend: Der Raub der Sabinerinnen.
Montag: Die Geier-Waife.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7^{1/2} Uhr:
Lutti (Loue).
Schwank in 4 Akten von Pierre Veber.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Der Unterpräfekt.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 8 Uhr:
„Pick und Pocket“.
Schwank m. Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Schlager des 2. Aktes:
Im Sonnenbad. Der Duncanon. Cip, Cip. Donna Juana. Coko Walk.
Massage Terzett.

Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Säng.
Sonntag, den 19. April, zum letztenmal: **Die Lieder d. Musikanten.**
Vollständ. mit Ges. in 5 Akten.
von Rudolf Knefel.
Lebhaft Winter... Adolf Hoffmann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.
Bezugsbillets gültig.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Die guten Freunde.
Lustspiel in 4 Akten v. Vict. Sardou.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 105.
Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten, Kunstschätzen etc.
Gr. Promenaden-Konzert.
Neu! **Cleo Otéro,** die interessante Rauch- und Sandmalerin.
Neu! **Pythia,** d. hellsehende Dame.
Anthropos, der künstliche Mensch.
Und vieles andre.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntag 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein (Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk der echten Louisianas.
Ganz Berlin verbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!** die schwebende Jungfrau!

Casino-Theater

Lotharingerstr. 37.
Glänzender Erfolg des neuen Progr.
Der urkomische Marcelli.
Les trois Bergs.
Neu! **Eternos.** Neu!
Dir. Berg — Lilli Beske als Cokowalk-Länger.
Fritschen u. Lieschen etc.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7^{1/2} Uhr.
Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Pelleas und Melisande.
Sonntagnachm. 3 Uhr, so halb.
Preisen: Ledige Leute.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung.
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz, 800 Mitwirkende.
Im dritten Bild:
Eine Sitzung bei Anna Rothe.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Buntes Theater.

Köpnickerstrasse 68.
Die umkehrte Freit. Hockenjos.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.)

Freitagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Schauspiel in 4 Akten v. L. Hagen-Graber.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.

Des kolossalsten Andrangs wegen und um die besten Wünsche zu entsprechen, findet Montag, 20. d. M., unwiderruflich die letzte Vorstellung in dieser Saison statt!

Cirkus Schumann

Freitag, den 17. April, abends 7^{1/2} Uhr:
Sport-Abend.
Miss Alix mit ihrem Motor Car
Looping the Hoop
Zum 173. Male:
Die lustigen Heidelberger.
Sonntag die zwei letzten Sonntag-Vorstellungen. Nachm. zum letztenmal: Pierrots Weihnachten.
In beiden Vorstellungen: Nachm. u. abends, z. letztenmal: Looping the Hoop. Abends zum letzten und 173. Male: Die lustigen Heidelberger.

Apollo-Theater.

Täglich mit stürmischem Beifall
Gesindeball, Gesangs-Burleske mit d. spirituell. Anna Rothe-Parodie.
Ferner: Donatelli. — Coko-Walk. The Soldoms. — Plastische Darstellungen. — 4 Madcaps. — Killany leb. Bilder. — Kosmograp. Se. Maj. der Kaiser in Kopenhagen.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Unterstadtstraße.
Abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfac und Francis de Croisset.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Strasse 132.
Anfang 8 Uhr.
Der liebe Gebot.
Schauspiel in 5 Akten.
Morgen: Derselbe Vorstellung.
Sonnabendnachm. 4 Uhr, Kinder-Vorstellung: Frau Holle.
Sonntagnachm. 3 Uhr (Ballett 60 Pf.): Das Jungferntift.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Neu internat.
8^{1/2} Uhr:
Die neueste Richtung.
Drei-Schwank in 3 Akten von Dr. v. Schweiger.

Alle Specialitäten neu!

Miss Mary, Chansonnette. Anita Storr, mus. equilibrist. Sport-At. Miss Darnell, athletische Spielte. Mlle. Fata Fatou, Danse lumineuse.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **April-Programm.**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Gr. Extra-Vorstellungen. Das eig. Lebensbild: Durch Klippen u. Wollen u. Der Armut Plage.
Kunstre. famit. Specialitäten.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 6^{1/2} Uhr.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
Pariser Weltausstellung 1900.
Von der Internationalen Jury wurde den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX** der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.
Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunststicker sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Ruf durch musterhafte Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen.
Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Stoffsüßerei.
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 10412*

Turnverein „Fichte“
(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).
Die **3. Schüler-Abteilung** ist eröffnet und turnt vom 3. Feiertag ab regelmäßig jeden **Dienstag und Freitag abends von 6^{1/2}-8^{1/2} Uhr** in der Turnhalle der **Gemeinschaftschule Siemensstrasse 20 (Monbit).**
Wöchentlich Beitrag 10 Pf.
Um recht zahlreichen Zuspruch bittet
285/15 **Der Vorstand.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Die Vorstellungen finden bis auf weiteres nur statt:
Sonnabends, Sonntags u. Dienstags.
Donnerstag, 23. April: Benefiz für **W. Schneider: Milchmädchen** von Schönberg.

WINTERGARTEN
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
She, die 4 Elementen.
Renée Debauga, Kaleidoscop-Tänzerin.
Hoshi Tokio, Japanertruppe.
Charlotte Kara, Creolische Sängerin.
Bachus Jacoby, Humorist.
Les Provençales, Französisches Gesangs-Quartett.
Alle, Miete, Par. Strassensäng.
La Belle Toledo, Span. Tanz.
Fessel-Fest d. Lucullus, Ballett.
Der „Biograph“.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
u. a.: Bühnengrößen und Anna Pote, das Blumenmedium.
Anfang 8 Uhr.
Bodenstraße 8.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Humboldt-Akademie.
Lehrstätte NO. (Königsstadt), Ullrichstr. 57/58. 12372
Eröffnung der 5 vollständigen Vorlesungsreihen heute Freitag, morgen den 18. und Mittwoch, den 22. d. M., abends. — Der erste Vortag jeder Reihe ist frei. Programme gratis und Heftenarten für 50 Pf. (Mittel 1 M.) im Bureau, Th. Fröhlich Buchhandlung, Landsbergerstr. 32.
Dornhaut schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem **Hühneraugentod.** Nachdem Sie alles Mögliche angewandt, machen Sie dies jetzt Versuch. Der Erfolg ist sicher. Dose 75 Pf., Preis 1 M. Nur bei **Otto Reichel,** Eisenbahnstr. 4.

Stettiner Pferde-Lotterie.
Ziehung: 19. Mai cr. 4114 Gewinn i. W. von Mk. **135000**
Lose a 1 M. — 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pf.)
Oskar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.
Zweigen:
NW, Wilschackerstrasse 63.
O. Andreasstrasse 46a.
SO, Oranienstrasse 177.

Verlag v. G. Birk & Co., München.
Für Agitation empfohlen wir:
Robert Albert: Kaiser-Adressen mit einem Anhang: **Kruppscher Wohlthätigkeits-Schwindel.** 20 Pf.
Der Fall Krupp, eine Thatsachen-Sammlung. 50 Pf.
Demnächst erscheinen:
Johannes Timm: Centrum und Socialdemokratie. 20 Pf.
H. von R.: Fürstenertrakt. 50 Pf. 11472*
Kolportage hoher Rabatt.

Reste
Spottbillig für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Rosstr. 2.
Band 2 Mark
pro Woche Abzahlung. Parzelle 840 Meter 300 M., weiltlicher Bortort-Berkehr, nur mündlich, verkauft Herronym, Blumenstraße 79. 10132*

Carl Schmidt, Büsten-Fabrik, **BERLIN W., Taubenstr. 23.**
empfeht seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie nobelste. von 7 Mk bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. **Katalog V gratis und franco.**
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 4681*
Solventer Käufer sucht ein kleines **Cigarren-Detailgeschäft** zu erwerben. Offerten sub H. N. 6939 Rudolf Mosse, Hamburg. 133/15

Allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Bruder, Onkel und Schwager **Ernst Gruss** im 47. Lebensjahre am 14. April, abends 11 Uhr, nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet **Sonnabend nachmittags 5 Uhr** (nicht 3 Uhr) von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichs-felde aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 14. d. Mts. verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege und Mitarbeiter **Ernst Gruss.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet **Sonnabend nachmittags 5 Uhr**, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt. 12702
Die Fabrikleitung der Firma **Gebr. Bolzani.**

Dankagung.
Allen Bekannten sowie den Verbandsmitgliedern der Bauarbeiter, Fabrik III, die an der Beerdigung meines lieben Mannes teilgenommen haben, sagen wir hiermit herzlichsten Dank. 6885
Witwe Olfermann nebst Kindern.

Für die mir und meinen Angehörigen anlässlich des Ablebens meines lieben, guten Vaters, des Schriftstellers **Karl Schultz**

erwiesene Teilnahme spreche ich allen lieben Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer und allen Herren Kollegen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben, meinen verbindlichsten Dank aus. 6795
Hans Schultz, Lustenstraße 25.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Martha Iden** sage allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 12862
Robert Iden.

auf Teilzahlung **Möbel** Hugo Lewent's Wwe., **Chausseest. 82.**

Charlottenburg.
M. Schorber (10772*)
Wilmersdorfer Straße 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Überdies werden schmerzlos gestochen.

Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigst. *

Blutarme, schwächliche und genesende Personen trinken **Santa Rosa** feurig süßes Rotwein a Fl. 1,40 Mk. oder 8161*
oder **Afrikanischen Blutwein** kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk.
Künftig in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von **Hermann Meyer & Co.,** Wattenstrasse 11/12.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Garadehallern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstat. Lieferant f. Ortho- u. Hilfs-Apparaten.
Berlin C., 10732*

30. Finier-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagungen, angenehm und weich am Körper.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Große Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

„Der Stand unserer Lohnbewegung.“ Referent: **Cohen.**

Kollegen! Nachdem die Meister ihre Hoffnung, die sie auf Ostern gesetzt hatten, schwinden sehen, suchen sie durch andre Mittel uns den Sieg streitig zu machen. Es ist notwendig, daß alle Kollegen diese Manöver der Meister kennen lernen, um dem entgegen wirken zu können. Das Erscheinen der Kollegen ist deshalb dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C., Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III, No. 5028.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend in Cohns Festsälen, Deutschstr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Bericht des Genossen **Dr. Alfred Bernstein** über: „Die bevorstehenden Wahlen“. 3. Wahl der Richter-Kommission. 4. Wahl des Vergütungs-Komitees. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der Vorstand.

Bauhandwerker! Bauberufe!

Laut Beschluß einer am 14. April stattgefundenen Versammlung ist mit 537 gegen 19 bei 3 ungültigen Stimmen der **allgemeine Ausstand** überall da erklärt worden, wo die Unternehmer unsern Tarif nicht anerkennen. Da schon sofort eine große Zahl der maßgebendsten Firmen bewilligt haben, so wird zu diesem Zweck an alle arbeitenden Stukkatoren eine **rote Arbeitsberechtigungskarte** ausgestellt, welche mit dem Stempel des Centralverbandes der Stukkatoren Deutschlands (Filiale Berlin) versehen ist.

Wir ersuchen alle Bauberufe, in üblicher Weise jeden arbeitenden Stukkatoren an seine Pflicht zu erinnern, damit unser Vorgehen in wenigen Tagen ein erfolgreiches ist. Die Streikleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, im Moabit Casino, Wilsnaderstraße 63:

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Variels** über: Die soziale Bedeutung der Genossenschafts-Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, finden in den belannten Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt. Das Erscheinen jedes Kollegen ist notwendig. Die Kommission. Montagabend: **Kommissions-Sitzung.**

Verein der Bretterträger u. Brettschneider.

Sonntag, den 19. April 1903, vorm. 10 1/2 Uhr.

im **Königstadt-Kasino, Holzmarktstrasse No. 72:**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal 1903. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. **P. Karnal.**

Centralverband der Dachdecker Deutschlands.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht vom I. Quartal 1903. 2. Bericht der Delegierten vom Bauarbeiterkongress. 3. Bericht des Gefellen-Ausschusses. 4. Verschiedenes im Verbands-Angelegenheiten. Der Vorstand. **J. A.: Wilhelm Buchs.**

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in **Graumanns Festsälen, Nauenerstr. 47:**

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht vom I. Quartal 1903. 2. Bericht vom Verbandsrat und der Provinzialkonferenz. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Töpferträger Berlins u. Umg.

Montag, 20. April, abends 7 Uhr, **Rosenthalerstr. 57:**

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wird der Tarif von Seiten der Annung aufrecht erhalten? Welche Stellung nehmen wir dazu ein? 2. Diskussion. Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Anstellungs-Vorstand ist zu dieser Versammlung eingeladen. Der Einberufer.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 19. April 1903, abends 7 Uhr.

in **Frankes Festsälen, Sebastianstr. 30:**

Vortrag des Genossen **Dittmer** über:

Die Arbeiterbewegung in der französischen Schweiz.

Nachdem: **Genüthliches Beisammensein und Tanz.** Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe.

Für Nervenranke u. Rheumatiker.

Aerztlich geleitete Institute für elektromagnetische Therapie, System Trüb. Berlin W., **Bülowstr. 20, N., Oranienburgerstr. 14.** Prospekte gratis u. franco.

Bekanntmachung.

Die orientl. General-Versammlung

der

Orts-Krankenkasse

für den Gewerbebetrieb der Kaufleute,

Handelstele und Apotheker

zu Berlin

findet statt am Dienstag, den 28. April,

abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“,

Romanbantenstr. 20. 6716

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung

pro 1902. 2. Aenderung des § 13

des Kasienstatuts. 3. Renewal eines

Vorstandsmitgliedes aus den Reihen

der Arbeitnehmer bis Ende 1903.

Gust. Knebel, Vorsitzender.

H. Philipsohn, Schriftführer.

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit

beschränkter Haftung.

Sonntag, den 26. April 1903,

vormittags 9 1/2 Uhr,

in den „Germania-Hallen“,

Schanzestraße 103.

Elfte ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Erhaltung des Geschäftsberichts

unter Vorlegung der Bilanz nebst

Gewinn- und Verlust-Rechnung für

das Jahr 1902. 2. Bericht der Revi-

sionskommission. 3. Beschlußfassung

über die Genehmigung der Bilanz

und über die Verteilung des Gewin-

nes. 4. Bericht über den Verband

der auf der Grundlage des gemein-

schaftlichen Eigentums stehenden

deutschen Bauvereinigungen. 5. Ren-

wahlen zum Aufsichtsrat. 6. Beschluß-

fassung über den Gesamtertrag,

welcher zwischen der Genossenschaft

und Sparanlagen bei derselben nicht

überschreiten sollen. 7. Beschluß-

fassung über die Ausschließung von

läufigen Genossen. Die Bilanz, sowie die Gewinn- und

Verlust-Rechnung für das Jahr 1902

sind in der Geschäftsstelle, Scharn-

straße 7, einzusehen. 6706

Der Vorstand.

A. Schmidt, Ernst Kofner.

Kranken-Unterstützungs- und Be-

grüßnisverein für Bau- und gewerb-

l. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. April 1903, vor-

mittags 10 Uhr, Langestr. 65:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal

1903. 2. Wahl des ersten Schrift-

führers. 3. Vereinsangelegenheiten

und Verschiedenes. Sonntags, den

18. April fällt der Jahlabend bei

Blume aus. Die Mitglieder werden

erlaubt, zahlreich zu erscheinen.

37/3 Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für [108/11*]

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Verband des technisch. Bühnen-Personals.

Sonntags, den 18. April cr., abends 11 Uhr, im Gewerkschafts-

haus, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht. 2. Kasienbericht. 3. Neuwahl des Gesamt-

Vorstandes. 4. Bericht der Delegierten vom Verbandsrat. 5. Verbands-

angelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Bauarbeiter.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 19. ds. Mts., vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn

Rose, Badstraße 58:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Quartalsabrechnung. 2. Bericht der Delegierten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntags, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, **Relistorstr. 15:**

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht vom I. Vierteljahr. 2. Bericht des Vorstandes.

3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 196/10

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.

Sonntag 10 Uhr: Schließliche

Brüder nach „Gleichmütigen“ zum Nach-

legen. Von hier aus, 2 Uhr, nach

Wilmersdorf bei Braunbach. — Mittwoch,

den 22. d. M., **Berlin** im

Böhmischen Brauhaus, Landberger

Allee 11/13. 12/1

Betten werden täglich

gründlich gereinigt.

Abholen und Wiederbringen der Betten

geschieht auf Verlangen kostenfrei.

Reizlaff, Bettfedern-Specialgesch.,

Reizlaff, Alte Jakobstr. 57/59.

Achtung! Bauarbeiter.

Zahlstelle Berlin II.

Sonntag, 19. April, vorm. 10 Uhr, in der **Kronenbrauerei,**

Mit-Moabit 48:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandsrat. 2. Bericht von der Konferenz der

Ortsvereine. 3. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die wichtigste Tagesordnung erfordert, daß alle Kollegen erscheinen.

Die örtliche Verwaltung.

Jedes **5 Pfennig.** Wort. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, partierre. 157*
Hochbornschne Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herstellend 18-36, Beinkleider 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, 1. Treppen. 10048*
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Dorotheer Markt 4, Bahnhof Börs. 119/5*
Stoppdecken sportbillig. Fabrik Berlinstraße 30. 190*
Möbelausbebot. Im Auctions-Möbelspeicher, Rödterstraße 25, Hochbahn-Gaststätte Wäldchenstraße, sollen verschiedene gediegene Ruhbaumöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salongarnituren, Kaminofen, Ruhbaumplanis, Bibliotheken, Ankleidebüchsen, Ruhbaumbuffets, Schreibische 20,00, kunstgewerbliche Kuchentische mit prachtvoller Einbande 22,50, hocheleganter Eichenfranzose 30,00, prachtvolle Salontische, schon 18,00, Zimmertische 8,00, reichgefilzte Uebergarnituren, Spachteltische, Tischgarnituren, Stoppdecken, Salontische, Standuhren, Wäschekübeln 5,00, verschiedene Gelegenheiten sportbillig. Säfte, Kaffeeautomat. 15348*
Teppiche mit Farbenflecken fabricierender Große Frankfurterstraße 9, partierre. 157*
Fahrräder. Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stahlerstraße 40. 16018*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Prederer, Engel-Ufer 20. *
Dringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bestmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 15948*
Wäschmaschinen, Kaugschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bestmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 15958*
Fischquarium, großes, verkauft billig Wang, Sieglitz, Berlinstraße 4. 7140*
Gartenmöbel, Tische, Bänke, Weisener, Brunnen, Sanger, Rehr, Holzwaren, Laternen, Seltene billige Kaufmann, Wilmersdorferstraße 16/19.
Vorjährige elegante Herren-Festjackets und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II.
Stoppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partierre. 157*
Möbelverkauf Restanten-Allee 50.
Fahrräder, Nähmaschinen, gebrauchte, nachgebaute, Neifenauswahl. Sportbillig Wäldchenstraße 25, Engel-Ufer 20. 6736*
Die Zentralisierung der Mah-anfertigung macht weitere Fortschritte. Die Zentrale für Herren- und Anabenbelleidung Germania Schlegelinger, Turmstraße 88, fertigt sämtliche Maßsachen nicht in Konfektions-, sondern in prima Maßarbeit, elegant und bill gemacht, zwar nicht zu den Sagenpreisen der sogenannten Betriebswerkstätten, aber solide, gut und doch sehr preiswert. 16308*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneenäher, ohne Anzahlung, Waage 1,00, gebrauchte 12,00. Rönningerstraße 60/61, Grenzauerstraße 59/60, und Große Frankfurterstraße 43. 6495*
Witwe verkauft neues Bläschen, Lachengarnitur, Spind sofort sportbillig Restlerstraße 15, Hof I. 6845
Stoppdecken, Gelegenheitslauf, unicolor Seide, fast 8 Mark jetzt 3,75 verkauft Julius Neumann, Beste-Wilhelmsstraße 103. 6746
Schönheitsgeschäft verläßlich, Gelegenheiten, wegen Uebernahme eines Bahnhof-Restaurants, Söckinger Ufer 33.
Haushälber verkauft junger Mann neue Wirtschaft sportbillig, Braunkohlensack, Garnitur, Eichenfranzose, einzeln, Händler ausgedehnt. Bergstraße 2, I.
Vancelloso, gediegenes, mit Kullah 55,00, Garnitur, versehen gewesen (garantierte gute Polsterung), verläßlich Invalidenstr. 36, Hof.
Schlafsofa 15 Mark. Wäldchenstraße 40, Tapetier. 133/16
Plattenei, flotte, mit Rostlöcher, billig verkauft. Schöneberg, Ufermarchstraße 54, Treichel. 7125*

Patentanwalt Dammann während des Sommererlebens Bureauaufschub, abends acht. 579b
Rechtsbureau, langjährige Erfolg! Heiß, Grüner Weg dier-undneunzig (Amdrossplatz), Steuerberatung, Eingabengesuche, Raterteilung. 654b
Einfallssachen, Rechtsbureau Ruyger, Steglitzerstraße fünfundsiebzig. 16238*
Angustia-Tab, Rönningerstraße 60. Jeder hat für sämtliche Krankenleiden. 1584K*
Veih-Haus Jossenerstraße 35.
Kaufbücherei von Frau Roschy, Steinmeyerstraße 48, Quergebäude hochpartierre.
Fahrradgeschäft, auch befest. Hagel, Schönhauser Allee 153a. 912*
Brothausleiterin und alle anderen Bücher kauft, beilich Kalkquartier Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *
Bücherankauf, Bücherhändler, David, Kohlbringerstraße 59. 15008*
Disfektion! Wer sich über diese wichtige Grausamkeit unter Zeit unversichert will, verlange die Flugblätter des Reichsausschusses gegen Disfektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Reichsausschuss, Rönningerstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615*
Vereinshimmer, Her, Alte Jakobstraße 119. 16078*
Vereinshimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbier, Heante, Jendowskerstraße 8. 745*
Vereinshimmer, 20-40 Personen, Wanteuffelstraße 111. 711*
Neben Sonntag vollständige Höhe Alexanderstraße 30. Zum gemütlichen Saufca. 6785*

75 Pf! Steuerbüchsen, Eingabengesuche, Raterteilung, Aktenbüchsen, Gerichtsakten, Strafsachen, Unfallakten, Ehescheidungs-, Wilmersdorfer, Ballon, Stahlerstraße 141.
Eingabengesuche, Strafsachen, Klagen usw. Heiß, Brunnenstraße 97.
Vermietungen.
Wohnungen.
Soldinerstraße 70. Im neu erbauten Hause, an der Prinzen-Allee, 3 Zimmer, 3 Bäder, teils mit Bad, billig zu vermieten, (sodort oder später zu beziehen. Näheres beim Verwalter. 1975*
Zimmer.
Einfach möbliertes Zimmer vermietet Gräfinmayer, Bundeiststraße 8, Quergebäude partierre. 796
Schlafstellen.
Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacoby, Köpcke-straße 26. 842b*
Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Röhling, Zwinemünderstraße 68. 7101*
Mietsgesuche.
Möbliertes Zimmer für zwei Herren gesucht, Nähe Dönhofsplatz. Offerten: R. D., Postamt 12. 636b

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Goldleisten. Tüchtige Schreier finden Beschäftigung Röhlingstr. 109a.
Schilderhammer, geübte, verlangt Heiser, Pringentstraße 32.
Holzrahmenmacher, Nägel und Leinwand verlangt Wolff, Diefendachstraße 33. 675b
Jahntechner. Lehrling verlangt gegen Vergütung Jahntechner Friedrichstraße 215. 676b
Karton Arbeiterinnen verlangt Lappert, Hühnerstraße 17. 719
Reis Wäscherinnen und Leinwand geübte verlangt Stolz, Wilmersdorferstraße 48. 7101
Wollwäckerin verlangt Gildenplein, Söckinger Ufer 21. 72*
Im Arbeitsmarkt durch Besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Achtung! Holzarbeiter.
Der Jung ist streng fern zu halten von der Möbelschleiferi **H. Loh,** Reuterstr. 37, Röhling, Wilmersdorfer Straße, Ufermarchstr. 31, und Weinmann, Schulstraße, 60/11* Die Ortsverwaltung.
Achtung! Formmader!
Der Jung ist streng fern zu halten von d. Korbmöbel-Fabrik (Mississipp), Wilmersdorferstr. 29. 80/13

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Abg. Runderl...

In den Ausschuss für die Vorlage bzw. für die Anträge wegen Nebelabsgewährung an die städtischen Arbeiter sind u. a. Stadtv. Dünse, Singer und Boigt (Soc.) gewählt worden...

In die Deputation wird an Stelle des aus der Versammlung geschiedenen Ingenieur Wolff durch Jurist Stadtv. Dr. Preuß gewählt.

Die Projekte und Kostenschätzungen zur Ausführung verschiedener Bauten (Beamten- und Familien-Wohnhäuser, Feldheimen, Ställe) auf den städtischen Kiefigütern, Ausgabe insgesamt ca. 200 000 M., werden nach unerheblicher Debatte gemäß den Ausschussanträgen genehmigt.

Das Volksbad in der Gerichtstraße.

Der Vorentwurf zum Neubau des Volksbades in der Gerichtstraße ist von dem niedergelassenen Ausschuss in zwei Sitzungen geprüft und schließlich mit 10 gegen 1 Stimme aufgegeben worden.

Referent ist Stadtv. Stapf (A. L.).

Es geht der Antrag Liebenow ein, den Magistrat zu ersuchen, eine genaue Untersuchung über die Wasserfrage bezüglich der Versorgung dieser Bade-Anstalt zu veranlassen...

Stadtv. Liebenow (A. L.): Der enorme Kostenpreis für diese Anlage hat in der steuerzahlenden Bürgerchaft starke Aufregung hervorgerufen. Im Jahre 1893 schätzte der Magistrat die Kosten einer solchen Bade-Anstalt auf etwa eine halbe Million...

Stadtv. Dünse (A. L.): Einen prinzipiellen Widerspruch hat der Vortrager gegen die Anlage erfreulicherweise nicht mehr erhoben, sondern nur finanzielle Bedenken und Zweckmäßigkeitsgründe geltend gemacht.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Kollege Liebenow hat sich jetzt, weil seine Position des prinzipiellen Widerstandes gegen die Vorlage sehr erschüttert ist, auf die Wasserfrage zurückgezogen. Eine ganze Anzahl von Städten haben für die Verwirklichung des Badebedürfnisses der Bevölkerung erheblich höhere Aufwendungen gemacht als Berlin...

Stadtv. Cassel (A. L.) bittet dringend um Annahme des Antrags Liebenow. Die Wasserfrage sei nicht gelöst, man habe keine bestimmte Vorstellung, wie die Versorgung stattfinden soll.

Stadtv. Bitterhoff (A. L.) befürwortet als Brunnennbau-Sachverständiger die Annahme des Antrags Liebenow, damit die Bedenken, ob nämlich genügend Tiefbrunnenwasser gerade dort an der Gerichtstraße vorhanden sei, event. durch den Magistrat festgestellt werden.

In gleichem Sinne äußert sich Stadtv. Haberland (A. L.), der der Befürchtung entgegentritt, daß die Anstalt vielleicht überhaupt nicht in der Gegend gebaut werden könnte.

Stadtv. Rasenow (A. L.) spricht sich im Einverständnis mit Dünse für den Antrag Liebenow aus.

Stadtbaurat Hoffmann: Die vom Magistrat eingeforderten Gutachten stellen einen gewissen, aber nicht bedenkenlosen Härtegrad des dortigen Tiefbrunnen-Wassers fest. Es soll ein zweiter Brunnen als Referenbrunnen gebohrt werden, auch wenn einer bereits genügend Wasser giebt.

Stadtv. Borgmann: Nach diesen Ausführungen können wir unbedenklich die Vorlage annehmen. (Widerspruch.) Beim Bau aller unserer Bade-Anstalten ist in derselben Weise verfahren worden.

niedergedrückt, und der Brunnen giebt jetzt völlig genügend Wasser. Trotzdem wird ein zweiter als Referenbrunnen gebaut werden. Was den Härtegrad anbelangt, so hat ihn das Wasser in der Oberbergerstraße auch aufzuweisen, aber es ist trotzdem vorzuziehen.

Nachdem noch die Stadtv. Dünse, Körte (Fr. Fr.) und Cassel gesprochen, wird der Antrag Liebenow in allen seinen Teilen mit großer Mehrheit angenommen.

Von dem Stadtv. Borgmann und Genossen (Soc.) wurde am 2. April er. der nachstehende dringliche Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um den Unzutraglichkeiten, welche sich bei der diesmaligen

Aufstellung der Reichstags-Wählerlisten

für die Wähler ergeben, nach Möglichkeit zu begegnen. Durch den Widerspruch des Stadtv. Hugo Sachs wurde an jenem Tage die Verhandlung unmöglich gemacht.

Stadtv. Borgmann: Am 25. März erging seitens des Ministers eine Knäuelverfügung an die Gemeinden, welche die Aufstellung der Wählerlisten bis zum 12. April anordnete. Es blieb dabei unberücksichtigt, daß damit für die größeren Städte, namentlich für Berlin, eine große Unzutraglichkeit erwuchs.

Stadtv. Borgmann: Der Magistrat ist mit der Tendenz des Antrages durchaus einverstanden; die Wählerlisten sollen korrekt aufgestellt werden.

Stadtv. Borgmann: Der Magistrat ist mit der Tendenz des Antrages durchaus einverstanden; die Wählerlisten sollen korrekt aufgestellt werden. Es ist diesmal in Frage gestellt worden, ob diese Absicht erreicht werden konnte.

Ueber das Grundstück der Schwarzkopffischen Maschinenfabrik, Chausseest. 17-21, soll eine öffentliche Straße gelegt werden, welche die Chausseestraße mit dem Vorplatze des Steineren Hofes verbindet.

Die Vorlage geht auf Antrag Haberland an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

II. Wahlkreis. Die Sammellisten Nr. 1241 und Nr. 1243 zur Reichstagswahl sind verloren worden. Auf denselben war noch nichts gezeichnet.

Die Vertrauensleute. J. A.: Herm. Werner, SW. Rittentwaderstr. 30.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 18. April, abends 9 Uhr, findet im Lokal des Herrn Raschke, Friedrichstr. 61, eine außerordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Vereins statt.

Der Vorstand. Köpenick. Die Parteigenossen von Köpenick werden darauf aufmerksam gemacht, daß wir nächsten Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, die „Vorwärts“-Druckerei besichtigen.

Lokales.

Ans der Stadtvorordneten-Versammlung. Der Bau der Volks-Bade-Anstalt auf dem Wedding wird wahrscheinlich einen erheblichen Aufschub erleiden.

Der Bau der Volks-Bade-Anstalt auf dem Wedding wird wahrscheinlich einen erheblichen Aufschub erleiden. Auf freisinniger Seite hatte sich mancher der Stadtvorordneten schon lange darüber geäußert, daß die Stadt Berlin einen steigenden „Wadeluzus“ entfaltet.

Dieses Projekt war von vornherein auf starken Widerspruch gestoßen. Grund war die Höhe der Kosten, als bequemer Vorkwand bot sich die Frage der Wasserbeschaffung, die für den Wedding, wenn man das Wasser aus Tiefbrunnen nehmen will, etwas schwerer zu lösen ist als für andere Stadtteile.

Nachher kam der von der socialdemokratischen Fraktion gestellte dringliche Antrag über die Aufstellung der Wählerlisten für die bevorstehende Reichstagswahl zur Verhandlung. Vor 14 Tagen war diese Angelegenheit abgesetzt worden, weil ein freisinniger Stadtvorordneter die Dringlichkeit bestritt.

Freisinnig-vollparteilicher Mannesmut.

Das Organ Eugen Richters bemüht die bedauerlichen Scenen, die sich am Dienstag in der konservativen Versammlung im zweiten Wahlkreis ereigneten, dazu, in der ihm eignen schätzbaren Manier die Socialdemokratie des plannmäßigen Radanmachens und systematischen Sprengens gegnerischer Versammlungen zu bezichtigen.

„Was hat es nach dem Benehmen der Socialdemokraten überhaupt noch für einen Zweck, dieselben in die Versammlungen bürgerlicher Parteien zuzulassen? Die Radautenken, die die Socialdemokraten dort plannmäßig veranstalten, sind nur geeignet, anständigen Leuten den Besuch politischer Versammlungen zu vereiteln.“

Daß die Radautenken in der Versammlung von antisemitischen Krackern provociert wurden, die einen für die Socialdemokratie eintretenden Diskussionsredner fortgesetzt in kindischer Weise anpöbelten, unterschlägt das Richterische Organ wohl aus Daul dafür, daß ein antisemitischer Redner für die Unterstützung des Freisinnigen bei einer eventuellen Stichwahl plädierte!

Ob die Konservativen des Wahlkreises dem Räte der „Freisinnigen Zeitung“ gemäß künftig eine Sperre gegen socialdemokratische Besucher verhängen werden, bleibt abzuwarten. Bisher waren selbst sie noch nicht auf dem Standpunkte künftiger Freigebit angelangt, der das Verhalten der Freisinnigen Vollpartei charakterisiert.

„Freisinnigen Zeitung“ von dem systematischen Radanmachen der Socialdemokraten sind nur ein Freigenbait, das die jämmerliche Nulllosigkeit freisinnig-vollparteilicher Mannesmuten verdecken soll. Empfiehlt doch Herr Eugen Richter auch in seinem „Socialisten-Spiegel“, in freisinnigen Wahlversammlungen socialdemokratische Redner nicht zum Wort kommen zu lassen, da diese erfahrungsgemäß selbst bei einer Beschränkung der Redezeit auf 10 und 5 Minuten oft „ins Blaue hinein“ redeten und die Versammlung — in 5 bis 10 Minuten! — aus dem Saale heraus „langweilten“!

Die Deputation verhandelte am Mittwoch u. a. über die Position der Monteurs und Arbeiter der öffentlichen Beleuchtung, die um einen andern Lohnstarif ersuchten sowie um besondere Bezahlung der Sonntagsarbeiten, Kontrollenvertreterungen und des Rastentransports von und nach der Arbeitsstelle.

Die Petenten hatten ihre Anträge zunächst dem Arbeiter-ausschuss unterbreitet, der sie aber abgelehnt hatte. Auch in der Gadeputation wurden die Anträge, die von Genossen Wurm eingehend befürwortet wurden, mit allen gegen seine Stimme abgelehnt, doch wurde betont, daß die bereits vor zwei Jahren beschlossene Lohnskala je nach dem Dienstalter der Beschäftigten in Kraft zu treten habe und das Aufstufen in eine höhere Gehaltsstufe nicht etwa von dem „Wohltun“ eines Vorgesetzten abhängig zu machen sei.

